

Deckblatt vom 30.01.2020

Landschaftspflegerischer Begleitplan

zur

Erweiterung der T+R-Anlage Allertal

Neubau der Anschlussstelle Allertal

Erläuterungsbericht Teil II –

Landschaftspflegerischer Begleitplan

Stand: September 2015
Projektleitung: Dipl.-Ing. M. Koller
Projektbearbeitung: Dipl.-Ing. D. Nagel
Mitarbeit: M. Bolte



Gruppe Freiraumplanung

Freiraumplanung Ostermeyer+Partner mbB

Landschaftsarchitekten

Unter den Eichen 4

30855 Langenhagen

Tel.: 0511 / 92882-0

Fax: 0511 / 92882-32

email: m.koller@gruppefreiraumplanung.de

Inhaltsverzeichnis

8	Einleitung	1
9	Dokumentation zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen	2
9.1	Straßenbautechnische Vermeidungsmaßnahmen	2
9.2	Vermeidungsmaßnahmen bei Durchführung der Baumaßnahme	3
9.3	Gestaltungsmaßnahmen	7
10	Ermittlung und Bewertung des Eingriffs	8
10.1	Wirkfaktoren des Vorhabens	8
10.2	Hinweise zur Konfliktanalyse	8
10.3	Zu erwartende Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft	9
11	Maßnahmenplanung	18
11.1	Ableiten des Maßnahmenkonzeptes	18
11.2	Ausgleichsmaßnahmen	20
11.3	Ersatzmaßnahmen	22
11.4	Maßnahmenübersicht	24
12	Gegenüberstellung der erheblichen Beeinträchtigungen mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	26
13	Anforderungen des NWaldLG / Ersatzaufforstung	27
	Quellenverzeichnis	35

Anhang

Anhang I: Vermerk vom 30.11.2010 zum Abstimmungstermin mit der UNB

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Erfassung und Bewertung des Eingriffs	10
Tab. 2:	Maßnahmenübersicht	24
Tab. 3:	Vergleichende Gegenüberstellung von Beeinträchtigung und Kompensation	28

8 Einleitung

Die Erweiterung der T + R - Anlage Allertal und der Neubau der Anschlussstelle verursachen Eingriffe, die erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes zur Folge haben. Zur Ermittlung der Beeinträchtigungen und der nach der Naturschutzgesetzgebung erforderlichen Kompensationsmaßnahmen wird ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) erstellt.

Der Landschaftspflegerische Begleitplan gliedert sich in zwei Teile (Teil I und Teil II). Teil I (Umweltverträglichkeitsstudie) beinhaltet die Darstellung und Bewertung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes, die Darstellung des Bauvorhabens, die Angaben zu bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkfaktoren, die Darstellung und Bewertung der durch die Vorhaben zu erwartenden Auswirkungen sowie eine Variantenuntersuchung. Dem hier vorliegenden Teil II (LBP / Eingriffsregelung) sind folgende Arbeitsschritte zu entnehmen:

- Erarbeitung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen und Aufzeigen von vermeidbaren und unvermeidbaren Beeinträchtigungen,
- Erarbeitung von Ausgleichsmaßnahmen und Ersatzmaßnahmen,
- Darstellung von Mehrfachfunktionen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen,
- Vergleichende Gegenüberstellung von zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen der Funktionen und Werte des Naturhaushalts sowie des Landschaftsbildes und der geplanten Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen.

Rechtliche Grundlagen und sonstige Rahmenbedingungen

Der vorliegende LBP basiert auf folgenden gesetzlichen Grundlagen:

- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 01. März 2010 (BGBl. I S. 2542) und
- Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 01. März 2010.

Darüber hinaus finden folgende Regelwerke Berücksichtigung:

- "Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege beim Bundesfernstraßenbau" (HNL-S 99) (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU- UND WOHNUNGSWESEN ABTEILUNG STRAßENBAU, STRAßENVERKEHR 1999),
- Musterkarten für die einheitliche Gestaltung landschaftspflegerischer Begleitpläne (BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR 1998),

Die Kompensationsermittlung erfolgt in Anlehnung an NLStBV u. NLWKN (2006) „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Aus- und Neubau von Straßen“. Der Ausgleich bzw. Ersatz erfolgt funktional (wiederherzustellende Funktionen oder Werte) und wird verbal-argumentativ begründet (Begründung der ausgewählten Kompensationsmaßnahmen).

9 Dokumentation zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen

Mit der Variantenbetrachtung und den Empfehlungen zum Ausbau ist eine Untersuchung zur verhältnismäßigen Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes erfolgt (s. Teil I).

Im weiteren Planungsprozess wurden bei der Erstellung des straßentechnischen Entwurfes konkrete straßenbautechnische Vermeidungsmaßnahmen erarbeitet und in die Planung integriert. Sie tragen dazu bei, dass mögliche Beeinträchtigungen dauerhaft ganz oder teilweise vermieden werden. Daneben wurden Vermeidungs- bzw. Schutzmaßnahmen konzipiert, die dem unmittelbaren Schutz vor temporären Gefährdungen während der Bauausführung dienen. Im Folgenden werden die geplanten Vermeidungsmaßnahmen getrennt nach straßenbautechnischen Vermeidungsmaßnahmen und Maßnahmen bei Durchführung der Baumaßnahme aufgelistet.

Gestaltungsmaßnahmen tragen zur Einpassung des Bauvorhabens in die Landschaft bei bzw. dienen der landschaftsgerechten Neugestaltung der Landschaft und können so den Eingriff in das Landschaftsbild minimieren.

Die naturschutzfachlich begründeten Vermeidungsmaßnahmen und die geplanten Gestaltungsmaßnahmen werden in einem Maßnahmenblatt (s. Unterlage 12.3.3) dokumentiert und im Maßnahmenplan (s. Unterlage 12.3.2) entsprechend gekennzeichnet.

9.1 Straßenbautechnische Vermeidungsmaßnahmen

Bauwerke

- Anlage von Versickerungsbecken mit vorgeschaltetem Ölabscheider / Absetzbecken zur Vermeidung von Direkteinleitungen von Straßenabwasser in Fließgewässer und zur Verringerung des Schadstoffeintrags in Boden und Grundwasser.
- Entwässerung des Anschlussbauwerkes im Allertal über das vorhandene Regenrückhaltebecken (mit vorgeschaltetem Ölabscheider / Absetzbecken) durch Fassung des Wassers über Borde (Achse 800 und Achse 700 am RRB) oder über die Böschungen in Mulden (breitflächige Versickerung). Damit kann ein Eintrag von Schadstoffen in die Vorfluter vermieden werden.

Lärmschutzmaßnahmen

- Wiederherstellung / Erweiterung der Lärmschutzwand auf der Ostseite der BAB 7 zur Minderung betriebsbedingter Störeffekte für den Menschen (Ortschaft Engehausen).

Bauweise

- Rückbau der Wegerampe ins Allertal (zur Schaffung von Retentionsraum) in „Vor-Kopf“ - Bauweise zur Vermeidung von Beeinträchtigungen angrenzender Biotope.

9.2 Vermeidungsmaßnahmen bei Durchführung der Baumaßnahme

Zur Sicherstellung einer optimalen zeitlichen Koordination der verschiedenen, nachfolgend aufgeführten Schutzmaßnahmen S01-S07 wird im Vorfeld der Bauausführung ein Bauzeitenplan erstellt. Somit wird erreicht, dass die für unterschiedliche Tierarten sowie Schutzgüter entwickelten Maßnahmen wirksam werden können und im Hinblick auf den zeitlichen Ablauf keine Widersprüche entstehen.

Schutz von Boden und Wasser, Schutz von Biotopen (Maßnahmen-Nr. S01)

Räumliche Begrenzung des Baubetriebs:

Der Baubetrieb beschränkt sich auf die im Maßnahmenplan mit einer gelben Linie umgrenzten Fläche (gelbe Linie = Begrenzung des Eingriffs). Diese Fläche umfasst zum einen das geplante Bauwerk und zum anderen zusätzliche Flächen für Baustreifen.

Reduzierung von Baustreifen auf das unbedingt erforderliche Maß:

Baustreifen werden nur dort vorgesehen, wo dies aus bautechnischen Gründen erforderlich ist (in Abschnitten mit seitlichen Gräben und Dammböschungen) oder wo aus Gründen des Biotop- und Artenschutzes keine Vorbehalte gegen die Anlage von Baustreifen bestehen (z.B. bei Ackernutzung).

Schutz des Bodens:

Bei Baubeginn wird der Oberboden von allen Bau- und Betriebsflächen abgetragen und bis zum Wiedereinbau im Bereich des Baustreifens fachgerecht zwischengelagert. Beim Umgang mit Oberboden sind DIN 18 300, DIN 18 915 und die ZTV La-StB 05 zu beachten. Ober- und Unterboden müssen auf getrennten Depots zwischengelagert werden. Nach DIN 19731 und DIN 18915 ist Bodenmaterial von unterschiedlicher Qualität (z.B. humoses Oberbodenmaterial und nicht humoses Material) sowohl beim Ausbau als auch bei der Lagerung getrennt zu halten.

Boden wird nach Möglichkeit im Bereich des Baufeldes zwischengelagert. Außerhalb des Baufeldes ist die Lagerung nur im Bereich von geringwertigen Flächen (Biotopwertstufe I und II) zulässig. Eine Zwischenlagerung von Boden im Überschwemmungsgebiet der Aller ist auszuschließen.

Auf den Lager- und Arbeitsflächen muss der Boden vor möglichen Einträgen durch auslaufende Flüssigkeiten (Öle, Treib- und Schmiermittel) oder Baumaterialien wie ungebundenem Zement oder frischem Beton sowie Abfällen geschützt werden (z.B. durch Lagerung von Tanks in dichten Auffangwannen).

Rekultivierung von Bau- und Betriebsflächen / Wiederherstellung der beanspruchten Biotope:

Die vorübergehend als Baustreifen in Anspruch genommenen Flächen werden nach Abschluss der Bauarbeiten rekultiviert und der bestehenden bzw. der im LBP vorgesehenen Nutzung zugeführt. Dies umfasst die Beseitigung von Baustoffresten, die Tiefenlockerung des Bodens und die Wiederandeckung von Oberboden.

Anlage von Schutzzäunen zur Begrenzung des Baufeldes / Schutz von Einzelbäumen:

Zur optischen Begrenzung des Baufeldes und damit zum Schutz der angrenzenden Wald-, Gehölz- und Offenlandbiotope werden Kunststoff-Schutzzäune errichtet. Zum Schutz von Einzelbäumen innerhalb des Baufeldes und zum Schutz von geschützten Teilen von Natur und Landschaft werden feste (Holz-) Schutzzäune gemäß RAS-LP 4 vorgesehen. Im Bereich der Amphibienlebensräume werden zudem temporäre Schutzeinrichtungen für Amphibien angebracht (s. Maßnahmen-Nr. S04_{CEF}). Die mit

der Maßnahme S01 zu schützenden Biotop/ Einzelbäume sind im Maßnahmenplan (Unterlage 12.3.2) dargestellt.

Schutz von Grund- und Oberflächenwasser:

Aufgrund des geringen Grundwasserflurabstandes (= geringes Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung) und der Schutzwürdigkeit der vorhandenen Oberflächengewässer haben Baustelleneinrichtung und Baudurchführung so zu erfolgen, dass eine Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers vermieden wird. Dazu gehört der verantwortungsvolle Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, das Vorhalten von Ölbindemitteln und der Verzicht auf Baustofflager, von denen eine Gefährdung ausgehen kann. Im Überschwemmungsgebiet der Aller sind grundsätzlich keine Lagerplätze vorzusehen. Während der Baumaßnahme anfallendes Baustellenwasser darf nicht ungereinigt in Oberflächengewässer (Gräben, Kleingewässer, Aller) eingeleitet werden.

Der Eintrag von Bodenmaterial aus dem Baustellenbereich über die vorhandenen Entwässerungsgräben in die Altgewässer wird durch geeignete Schutzmaßnahmen (Sedimentfallen) vermieden. Beim Rückbau der Wegerampe zur Schaffung von Retentionsraum ist ein Substrateintrag in die Altgewässer ebenfalls durch geeignete Schutzmaßnahmen (z.B. eine dichte Holz- und Folienkonstruktion am kleinen Altgewässer und eine Sedimentfalle vor dem nördlichen Grabeneinlauf in das große Altgewässer) vollständig zu vermeiden.

Umweltbaubegleitung:

Aufgrund des vorhandenen Konfliktpotenzials zwischen Umwelt- und Naturschutz und Bauvorhaben wird zur fachlichen Unterstützung der örtlichen Bauüberwachung eine Umweltbaubegleitung vorgesehen.

Schutz von Brutvögeln (Maßnahmen-Nr. S02_{CEF})

Vermeidung von Individuenverlusten im Zuge der Baudurchführung/ Durchführung der Fällarbeiten in dem gesetzlich festgelegten Zeitraum:

Durch eine Baufeldfreimachung / Baufeldvorbereitung vor Beginn oder nach Ende der Vegetationsperiode (Oktober bis Februar) wird eine Tötung von Individuen (Nestlingen) und eine Zerstörung von Nestern vermieden. Den Verboten des § 44 BNatSchG, Abs. 1, Satz (1) und (3) wird damit Rechnung getragen. In Abstimmung mit den Belangen des Fledermausschutzes sollten Fällarbeiten in Bereichen mit Quartierpotenzial für Fledermäuse vorzugsweise im Oktober erfolgen (s. Maßnahme S03_{CEF}).

Bauzeitenbeschränkung zur Vermeidung von Beeinträchtigungen:

Zur Schaffung von Retentionsraum (s. Maßnahme A14) wird eine von der L 180 ins Allertal führende Wegerampe zurückgebaut. Um Beeinträchtigungen von Brutvögeln durch Störungen im Zusammenhang den Bauarbeiten und dem damit verbundenen Baustellenverkehr (über das vorhandene Wirtschaftswegenetz) zu vermeiden, werden während der Brutzeit (Anfang März bis Ende Juli) keine Bauarbeiten an der Wegerampe durchgeführt.

Schutz von Fledermäusen (Maßnahmen-Nr. S03_{CEF})

Vermeidung von Individuenverlusten im Zuge der Baudurchführung:

Ein geeignetes Zeitfenster für die Baufeldräumung aus Sicht des Fledermausschutzes bilden gemäß Leitfaden Fledermausschutz (FÖA LANDSCHAFTSPLANUNG 2009) die Monate September bis Oktober (mit Abweichungen je nach Witterung). In dieser Phase (vom Ende der Wochenstubezeit bis zum

Beginn der Winterruhe) sind die Individuen ausreichend mobil und weisen mehrheitlich eine geringe Quartierbindung auf.

Sofern für die Rodung kein fledermausfreier Zeitraum sichergestellt werden kann (und die Anwesenheit von Fledermäusen nicht ausgeschlossen werden kann) sind die zur Fällung vorgesehenen Bäume und Gehölze vor Durchführung der Arbeiten auf Fledermausquartiere hin zu untersuchen. Dies gilt für die in Unterlage 12.2 dargestellten und in Unterlage 12.1 Teil 1 Kap. 3.2.7 beschriebenen Bereiche mit „Standorten von Bäumen mit potenzieller Quartierseignung“. Werden Fledermäuse festgestellt, ist in Abstimmung mit der Umweltbaubegleitung und der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) des Heidekreises das weitere Vorgehen abzustimmen (Einwegverschluss am Eingang, elementweises Fällen, Entnahme und Absetzen in Überwinterungskästen oder „Abwarten“).

Bereitstellung von künstlichen Fledermausquartieren:

Im Rahmen der im Frühjahr 2015 durchgeführten Erfassung von Baumstandorten mit potenzieller Quartierseignung wurden ca. 20 Bäume mit Spalten, Stammrisse, Höhlen, ausgefaulten Astabbrüchen oder Spechthöhlen festgestellt. Zur Wiederherstellung des beeinträchtigten Quartierpotenzials für Fledermäuse werden an verschiedenen, sonnigen ungestörten Stellen (außerhalb des Baufeldes) selbstreinigende Sommer- bzw. Ganzjahresquartiere an Bäumen im Verhältnis 2:1 zum Verlust angebracht. Die Kästen sind 7 Jahre in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten und innerhalb dieses Zeitraumes ggf. zu ersetzen. Es ist davon auszugehen, dass sich nach Ablauf dieser Zeitspanne im Umfeld wieder ausreichend Quartiere gebildet haben.

Schutz von Amphibien (Maßnahmen-Nr. S04_{CEF})

Zum Schutz der Amphibien werden im Bereich von Amphibienlebensräumen südlich der L 180 (Westseite) im Bereich der geplanten Anschlussstelle und im Bereich der geplanten Rückbaumaßnahme (Wegerampe ins Allertal) bereits vor Beginn der Baumaßnahme temporäre Amphibienschutzeinrichtungen gemäß MAmS 2000 angelegt. Durch den Einbau dieser mobilen Amphibienschutzeinrichtung soll das Baufeld vor Baubeginn abgesichert werden, um eine Einwanderung von Amphibien und damit mögliche Individuenverluste zu vermeiden.

Die temporäre Amphibienschutzmaßnahme hat eine Gesamtlänge von rd. 1.000 m. Die Maßnahme wirkt zusammen mit der Schutzmaßnahme S01 „Schutz von Biotopen“.

Schutz von Reptilien (Maßnahme-Nr. S05_{CEF})

Vermeidung von Individuenverlusten im Zuge der Baudurchführung:

Zum Schutz der Schlingnatter wird in potenziellen Lebensräumen der Art vor Beginn der Baumaßnahme (in den Sommermonaten) eine Nachuntersuchung der Schlingnatter durchgeführt. Dazu werden geeignete Deckungsmöglichkeiten (z.B. Pappen) ausgelegt und abgesucht. Bei Nachweis der Schlingnatter sind geeignete Schutzmaßnahmen durchzuführen (Absammeln, Zwischenhälterung bis zur Wiederaussetzung nach der Baumaßnahme, Sicherung des offenen, besonnten Baufeldes zur Vermeidung einer Einwanderung).

Bereitstellung von Ausweichhabitaten für Reptilien:

Südlich der L 180 (Ostseite) zerschneidet der Bau der Anschlussstelle ein von der Waldeidechse besiedeltes Waldstück. Nach dem Abschluss der Bauarbeiten stehen den Reptilien auf den rekultivierten Baustreifen, den besonnten Seitenstreifen und in den aufgelichteten Waldrandbereichen neue bevor

zugte Lebensräume zur Verfügung. Beeinträchtigungen während der Bauphase durch die Inanspruchnahme von Flächen sollen durch die Schaffung von strukturreichen Ausweichhabitaten minimiert werden. Dazu ist in Verbindung mit den Fäll- und Rodungsarbeiten die Ablagerung von Holzhäufen/ Baumstubben und die Herstellung von Bodenunebenheiten auf Flächen der Maßnahme A 11 und A 12 im Umfeld der Baumaßnahme vorzusehen. Aufgrund der hohen Mobilität der betroffenen Waldeidechse ist zu erwarten, dass diese vermutlich schnell angenommen werden und sich neue Vorkommen unbehelligt entwickeln können.

Entfernung bedeutender Habitatstrukturen innerhalb der Aktivitätsperiode der Tiere:

Der Bauschutthaufen/Waldrand am Südrand des Kiefernbestandes südöstlich der L 180 sollte als bevorzugter Lebensraum der Waldeidechse (Fundpunkthäufung im Rahmen der Kartierung) nur innerhalb der Aktivitätsperiode der Tiere (Mai-August) abgeräumt werden, damit den Reptilien eine Chance zur Flucht bleibt.

Schutz und Umsiedlung von Waldameisenvölkern (Maßnahme-Nr. S06)

Bestehende Waldameisenvölker im Bereich der Trasse werden umgesiedelt. Sofern die Rodungsarbeiten vor den Umsiedlungsmaßnahmen durchgeführt werden, sind die Nester vorab zu sichern. Nester im Bereich der Baustreifen werden – sofern ihre Lage dies ermöglicht – nicht umgesiedelt, sondern durch bauzeitliche Schutzvorkehrungen gegen ein Befahren gesichert.

Bei der Umsiedlung eines Waldameisenvolkes muss die Königin (monogyne Art) bzw. müssen die Königinnen (polygyne Art) unversehrt mit erfasst werden; ohne Königin stirbt das Ameisenvolk unweigerlich ab.

Eine erfolgreiche Umsiedlung ist insbesondere im zeitigen Frühjahr in der Phase der Sonnung möglich. In dieser Phase halten sich die meisten Ameisen nicht im Erdboden sondern im bzw. auf dem Nesthügel oder allenfalls in einer flachen Bodenschicht darunter auf. Auch Königinnen sind nur um die Zeit der Sonnung innerhalb oder sogar auf dem Nesthügel anzutreffen und können dann mit größerer Sicherheit unversehrt erfasst werden. Die Sonnungszeit fällt in die ersten sonnigen, wärmeren Frühjahrswochen (wetterabhängig im Februar/März/April).

Bei einer Umsiedlung während der Sonnungsperiode braucht i.d.R. nur der Nesthügel, erforderlichenfalls ein Teil der flachen Bodenschicht mitsamt den Bewohnern umgesetzt zu werden. Der in tieferen Bodenschichten befindliche umfangreiche Nestteil muss dann i.d.R. nicht ausgegraben werden.

Ab August bis Februar sind Umsiedlungen grundsätzlich zu vermeiden. Für den restlichen Teil der Aktivitätszeit (August bis etwa Ende Oktober) bleibt den Ameisen sonst zu wenig Zeit, das Nest neu anzulegen und sich die für das Überleben des Winters und zeitigen Frühjahrs nötigen körpereigenen Fettreserven anzufressen.

Rechtzeitig vor Baubeginn wird zur endgültigen Feststellung der Anzahl der zu schützenden bzw. umzusiedelnden Ameisennester eine erneute Begehung des Baufeldes durchgeführt.

Verzicht auf Lampen mit starker Anlockwirkung (Maßnahme-Nr. S07)

Viele nachtaktive Insekten werden von künstlichen Lichtquellen unwiderstehlich angelockt. Durch das stundenlange Umschwirren des Lichtes verbrauchen sie unnötig Energie, was u.U. zum Erschöpfungstod führen kann. Sie sind außerhalb ihrer natürlichen Umgebung zudem stärker gefährdet. Um den Verlust und die Beeinträchtigung von nachtaktiven Insekten zu vermindern wird auf den Einbau

von Lampen mit starker Anlockwirkung verzichtet (z. B. Einsatz einer LED-Beleuchtungsanlage vom Typ „warmweiß“ oder solcher mit vergleichbarer geringer Anlockwirkung).

~~Es kommen Natriumdampflampen zum Einsatz. Durch den Einsatz von auf LED-Technik basierenden Lampensystemen ließe sich eine noch geringere Anlockwirkung erzielen. Da diese Technik noch nicht ausgereift ist, kommt dieser Lampentyp hier nicht zum Einsatz.~~

9.3 Gestaltungsmaßnahmen

Begrünung der T+R-Anlage (Maßnahmen-Nr. G08)

Zur inneren Durchgrünung der T+R-Anlage werden auf Trennstreifen und Restflächen insgesamt 278 Einzelbäume (Hochstämme) gepflanzt. Geeignete Arten sind Spitzahorn (*Acer platanoides*)¹, Hainbuche (*Carpinus betulus*), Vogelkirsche (*Prunus avium*), Winterlinde (*Tilia cordata*) und Stiel-Eiche (*Quercus robur*). Bei allen Einzelbaumpflanzungen sind aufgrund des geringen Wurzelraumes und der mageren Standortverhältnisse bodenverbessernde Maßnahmen vorzusehen.

Auf den Landschaftswällen und auf geeigneten Restflächen sind zudem flächige Gehölzpflanzungen (insgesamt 1,30 ha) aus standortgerechten Arten vorgesehen. Geeignete Arten sind Faulbaum (*Frangula alnus*), Hundsrose (*Rosa canina*), Weißdorn (*Crataegus monogyna*), Hasel (*Corylus avellana*), Feldahorn (*Acer campestre*) und Eberesche (*Sorbus aucuparia*).

Begrünung von Lärmschutzwänden (Maßnahme-Nr. G09)

Die neuen Lärmschutzwände (Länge: insg. rd. 370 260 m) werden ein- bzw. beidseitig mit Klettergehölzen begrünt. Dort, wo auf der BAB-abgewandten Seite der neuen Lärmschutzwände Gehölze neu angelegt werden, wird auf eine rückseitige Begrünung mit Klettergehölze verzichtet.

Ein rd. 320 m langes Teilstück der bestehenden Lärmschutzwand wird nach Abschluss der Bauarbeiten ebenfalls begrünt (beidseitig) (s. Maßnahmenplan Unterlage 12.3.2).

¹ Der Spitzahorn ist im Heidekreis nicht heimisch. Bei der T+R-Anlage handelt es sich um einen nicht zur „freien Natur“ gehörenden Standort, der Standortbedingungen bebauter Bereiche aufweist. Insofern greifen hier die Vorgaben des § 40 Abs. 4 BNatSchG zur Nichteinbringung von gebietsfremden Arten hier nicht. Die Verwendung von Spitzahorn erfolgt in Absprache mit der UNB des Heidekreises.

10 Ermittlung und Bewertung des Eingriffs

10.1 Wirkfaktoren des Vorhabens

Eine ausführliche Beschreibung des Vorhabens und seiner Wirkungen ist Unterlage 12.1 (Teil I) zu entnehmen.

10.2 Hinweise zur Konfliktanalyse

Pflanzen/ Tiere

Die anlage- und baubedingte Flächeninanspruchnahme stellt den wesentlichen Eingriff in die Biotopfunktion dar. Im Rahmen der Konfliktanalyse werden die Verluste und die Verinselung von Biotopen mit mindestens mittlerer Bedeutung (= Wertstufe III) durch das Vorhaben einschließlich aller Nebenflächen (Böschungen, Mulden, Versickerungsbecken etc.) sowie durch Baueinrichtungsflächen (Baustraßen, -streifen, Lagerflächen etc.) als erhebliche Beeinträchtigung der Biotopfunktion erfasst.

Durch den anlagenbedingten Waldanschnitt kann es durch Veränderungen der Standortbedingungen und durch die Freistellung von Bäumen zu Beeinträchtigungen z.B. in Form von Rindenbrand, Windwurf oder Bodenaustrocknung kommen. Die Wirkungstiefe der beschriebenen Waldrandeffekte wurde auf 30 m festgelegt.

Ergänzend zur Biotopfunktion (s.o.) wird der anlage- und baubedingte Verlust bzw. die Beeinträchtigung von faunistisch bedeutsamen Lebensräumen der Wertstufen „sehr hoch“ und „hoch“ einzelfallbezogen erfasst und qualitativ beurteilt. Faunistisch bedeutsame Bereiche der Wertstufe mittel/gering werden über die Biotoptypen bzw. den Flächenverbrauch mit berücksichtigt.

Boden / Wasser

Die anlage- und baubedingte Flächeninanspruchnahme des Bodens wird aufgrund der unterschiedlichen Eingriffsintensität differenziert nach Versiegelung, Teilversiegelung, Überprägung durch Auf- und Abtrag (z.B. im Bereich der Böschungen) sowie der temporären Beanspruchung durch Baustellenflächen erfasst. Aufgrund der unterschiedlichen Kompensationserfordernisse (NLStBV u. NLWKN 2006) werden die Böden mit besonderer Bedeutung und mit allgemeiner Bedeutung getrennt bilanziert. Unabhängig von der Bedeutung ist die dauerhafte Flächeninanspruchnahme des Bodens eine erhebliche Beeinträchtigung. Bau- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen von Boden und Wasser werden qualitativ beschrieben.

Klima / Luft

Der Verlust klimarelevanter Wald- und Gehölzbestände wird über die Bilanz der Biotope mit berücksichtigt.

Landschaftsbild

Erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch visuelle Veränderung werden über die Bilanz der Biotope (Verlust von Wald/ Gehölzstrukturen) und eine qualitative Beurteilung der jeweiligen Einzelsituation beurteilt und bilanziert.

10.3 Zu erwartende Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft

Nachfolgend werden die in Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes erläutert, die nach Optimierung des Bauentwurfes aus Sicht der Landschaftspflege und des Naturschutzes entstehen.

Diese Darstellung dient dazu, die Erheblichkeit des Eingriffs und die daraus abzuleitende Erforderlichkeit von Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz zu ermitteln.

Für die Analyse des Eingriffes werden folgende Kriterien verwendet:

- Wirkfaktoren durch das Vorhaben
- Art der Auswirkung (anlage-, bau und betriebsbedingt)
- Auswirkungen der Wirkfaktoren auf Werte und Funktionen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes
- Räumliche Ausdehnung bzw. Umfang der Beeinträchtigung
- Darstellung möglicher Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung
- Beeinträchtigungsdauer und Bewertung der Erheblichkeit der zu erwartenden Beeinträchtigung.

Die zu erwartenden Beeinträchtigungen des Bauvorhabens werden nachfolgend tabellarisch aufgeführt. Zum besseren Nachvollziehbarkeit werden dabei auch Beeinträchtigungen aufgeführt, die durch die geplanten Vermeidungs-/ bzw. Schutzmaßnahmen (vgl. Kap. 9.2) vermieden bzw. durch Gestaltungsmaßnahmen (vgl. Kap. 9.3) minimiert werden können.

Die zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen (Konflikte) sind im Bestands- und Konfliktplan dargestellt (Unterlage 12.2).

Tab. 1: Erfassung und Bewertung des Eingriffs

Konflikt-Nr.	Wirkungs-art	Wirkfaktor	Beschreibung der Auswirkungen § 14 (1) BNatSchG (Welche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, werden durch das Vorhaben hervorgerufen?)	Umfang	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung nach § 15 (1) BNatSchG	Beeinträchtigungsdauer / Erheblichkeit
Schutzgut Boden						
KV	anl.	Bau von Fahrspuren, Fahrgassen und Parkflächen/ Bau von Unterhaltungswegen	Verlust von Boden durch Versiegelung / Teilversiegelung Irreversibler Verlust der Funktionen des Bodens als Pflanzenstandort, als Lebensraum für Bodenorganismen sowie als Grundwasserspeicher und -filter (8,93 ha). Betroffen sind <ul style="list-style-type: none"> Böden mit besonderer Bedeutung (Böden mit besonderen Standorteigenschaften, seltene Böden): 2,75 ha Böden mit allgemeiner Bedeutung: 6,18 ha 	8,56 ha (Versiegelung) 0,37 ha (Teilversiegel.)	--	dauerhaft / erheblich
K1	anl.	Umlagerung von Boden (Abgrabung, Aufschüttung) beim Bau von Mulden, Böschungen etc.	Beeinträchtigung des Bodens durch Auf- und Abtrag Im Bereich der Böschungen, Mulden, Bankette und der Versickerungsbecken kommt es durch Abgrabung und Aufschüttung zu einer Beeinträchtigung der ursprünglichen Bodenstruktur und der Bodenfunktionen. Die bestehenden Bodenprofile werden abgetragen oder mit Fremdmaterial überschüttet. Es kommt zu veränderten Funktionsausprägungen der einzelnen Bodenfunktionen. Betroffen sind <ul style="list-style-type: none"> Böden mit besonderer Bedeutung (Böden mit besonderen Standorteigenschaften, seltene Böden): 3,14 ha Böden mit allgemeiner Bedeutung: 7,30 ha 	10,44 ha	--	dauerhaft / erheblich Die Beeinträchtigungen von Böden im Bereich von Biotopen der Wertstufen III-V werden bereits über Verlust und Verinselung von Biotopen (K6) abgebildet und multifunktional kompensiert. Es verbleibt ein Konfliktumfang von 1,24 ha. Dies sind Beeinträchtigungen von Böden im Bereich von Biotopen der Wertstufen I-II.
K2	bau.	Baubetrieb	Mögliche baubedingte Beeinträchtigung von Boden und Wasser Mit der temporären Inanspruchnahme von Boden können Bodenfunktionen z.B. durch Verdichtungen oder den Eintrag von Fremdstoffen beeinträchtigt werden.	0,70 ha	Räumliche Begrenzung des Eingriffs, Reduzierung von Baustreifen auf das unbedingt erforderliche Maß, fachgerechtes Abräumen und getrennte Lagerung des Oberbodens vom übrigen Bodenaushub, ordnungsgemäße Lagerung Verwendung und Entsorgung bodengefährdender Stoffe, Rekultivierung von Bau- und Betriebsflächen (S01)	Vorübergehend / bei fachgerechter Baudurchführung und Beachtung von Schutzmaßnahmen kann das Risiko einer Belastung minimiert werden. Die Beeinträchtigung ist damit als nicht erheblich einzustufen.

Konflikt-Nr.	Wirkungsart	Wirkfaktor	Beschreibung der Auswirkungen § 14 (1) BNatSchG (Welche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, werden durch das Vorhaben hervorgerufen?)	Umfang	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung nach § 15 (1) BNatSchG	Beeinträchtigungsdauer / Erheblichkeit
K3	betr.	Schadstoffimmissionen	Betriebsbedingte Erhöhung der stofflichen Belastung von Boden und Wasser Mit dem Ausbau der Tank- und Rastanlage findet eine Verlagerung der Eintragsbereiche nach außen statt, die über den Luftpfad in den Boden gelangen.	n.q.	--	dauerhaft / erheblich in den vorher weniger stark belasteten Bereichen
Schutzgut Wasser						
KV	anl.	Versiegelung	Veränderung des Niederschlagsabflusses / Verringerung des Anteil an versickerungswirksamer Fläche Infolge der Versiegelung kann es zu einer Reduzierung der Grundwasserneubildungsrate und zu einer Erhöhung des Oberflächenabflusses kommen (Umfang abhängig vom Grad der Rückhaltung im Gebiet).	8,56 ha Neuversiegelung	breitflächige Versickerung über Böschungen und Mulden, Bau von Einrichtungen zur Versickerung des Niederschlagswassers	Das anfallende Niederschlagswasser wird überwiegend versickert, es bleibt im Gebiet. Die Beeinträchtigung ist damit als nicht erheblich einzustufen.
K2	bau.	Schadstoffeinträge durch den Baubetrieb	Mögliche baubedingte Beeinträchtigung von Boden und Wasser Das Bauvorhaben liegt in einem grundwassernahen Gebiet, das Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung ist gering. Die vorhandenen Oberflächengewässer (Aller, Aller-Altarme) sind besonders schützenswert. Insbesondere die Kleingewässer (Altarme) weisen eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Verunreinigungen auf. Mögliche Schadstoffeinträge durch den Baubetrieb können daher eine unmittelbare Gefahr für das Grund- und Oberflächenwasser darstellen.	n.q.	Verantwortungsvoller Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, Vorhalten von Ölbindemitteln, Verzicht auf Baustofflager von denen eine Gefährdung ausgehen kann, keine ungereinigte Ableitung von Baustellenwasser in Oberflächengewässer, Schutz des Kleingewässers südl. der Wegerampe vor Bodeneinträgen (S01)	Vorübergehend / bei fachgerechter Baudurchführung und Beachtung von Schutzmaßnahmen kann das Risiko einer Belastung von Grund- und Oberflächenwasser minimiert werden. Die Beeinträchtigung ist damit als nicht erheblich einzustufen.

Konflikt-Nr.	Wirkungsart	Wirkfaktor	Beschreibung der Auswirkungen § 14 (1) BNatSchG (Welche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, werden durch das Vorhaben hervorgerufen?)	Umfang	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung nach § 15 (1) BNatSchG	Beeinträchtigungsdauer / Erheblichkeit
K3	betr.	Schadstoffimmissionen	Betriebsbedingte Erhöhung der stofflichen Belastung von Wasser (Grund- und Oberflächenwasser) Die Tank- und Rastanlage und die geplante Anschlussstelle liegen in einem grundwassernahen Gebiet, das Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung ist gering. Die vorhandenen Oberflächengewässer (Aller, Altgewässer) stellen wertvolle aquatische Lebensräume dar. Insbesondere die Kleingewässer (Altarme) weisen eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Verunreinigungen auf.	n.q.	Sammlung des Straßenablaufwassers und kontrollierte Ableitung über einen Ölabscheider/Absetzbecken, breitflächige Versickerung über eine bewachsene Bodenschicht, keine Einleitung von gesammeltem Straßenablaufwasser in die vorhandenen Kleingewässer	dauerhaft / bei Beachtung der Vermeidungsmaßnahmen nicht erheblich
K4	anl.	Inanspruchnahme von Flächen im Überschwemmungsgebiet der Aller	Verlust von Retentionsraum Für den Bau der Anschlüsse südlich der L 180 und deren Dammböschungen werden Flächen im Überschwemmungsgebiet der Aller überbaut oder abgeschnitten (rd. 1,20 ha). Dies führt zum Verlust von Retentionsraum.	4.550 m³ (Retentionsvolumen)	--	dauerhaft / erheblich
Schutzgut Klima/Luft						
-	anl.	Versiegelung offener Bodenflächen, Verlust von Wald	Beeinflussung des Kleinklimas durch Zunahme wärmeerzeugender Oberflächen, Verlust von Frischluftentstehungsflächen	8,56 ha Neuversiegelung, 15,92 ha dauerhafter Waldverlust	Gehölzpflanzungen auf Grünflächen, Übershirmung der Parkflächen mit Großbäumen	Die anlagebedingten Beeinträchtigungen des Schutzgutes sind aufgrund der Vorbelastung und dem Fehlen von Belastungsräumen, denen die bioklimatische Ausgleichsfunktion der Waldflächen zugute kommen könnte gering. Die Auswirkungen kleinklimatischer Veränderungen auf angrenzende Waldbestände sind als erheblich einzustufen (s. K09).
-	betr.	Schadstoffimmissionen	Veränderung der Luftqualität durch Schadstoffeinträge <i>Eine Zunahme der bestehenden Schadstoffbelastung der Luft ist nicht zu erwarten, da das Vorhaben keine signifikante Erhöhung der Verkehrsbelastung verursacht.</i>			
Schutzgut Pflanzen und Tiere						
K5	anl.	Inanspruchnahme von Flächen	Inanspruchnahme von Schutzgebieten (FFH- und EU-Vogelschutzgebiet) Südlich der L 180 (Westseite) wird mit dem Bau der Anschlussstelle ein kleiner Randstreifen der beiden sich überlagernden Schutzgebiete überbaut. FFH-Lebensraumtypen sind nicht betroffen.	450 m²	--	dauerhaft / erheblich

Konflikt-Nr.	Wirkungsart	Wirkfaktor	Beschreibung der Auswirkungen § 14 (1) BNatSchG (Welche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, werden durch das Vorhaben hervorgerufen?)	Umfang	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung nach § 15 (1) BNatSchG	Beeinträchtigungsdauer / Erheblichkeit
K6	anl.	Inanspruchnahme von Flächen	<p>Verlust und Verinselung von Biotopen</p> <p>Für den Ausbau der T+R Anlage und den Bau der Anschlussstelle nördlich der L 180 werden ausschließlich Waldbiotope beansprucht: Kiefernforst, daneben laubholzreicher Kiefernwald und laubholzreiche Waldränder kleinflächig sind Douglasien- und Lärchenforste, Birken-Pionierwald, Waldlichtungsfluren und waldzugehörige Halbruderal Gras- und Staudenfluren betroffen.</p> <p>Der Bau der Anschlussstelle südlich der L 180 verursacht den Verlust von Wald-, Gehölz- und Offenlandbiotopen. Der Rückbau der Rampe zur Schaffung von Retentionsraum beansprucht laubholzreiche Waldrandstrukturen. Die südlich der L 180 beanspruchten Flächen sind Amphibien-Landlebensräume mit mittlerer Bedeutung. Auf der Ostseite wird ein Reptilienlebensraum mit hoher Fundortdichte (südexponierter Waldrand) beansprucht.</p> <p>Detaillierte Biototypenbetroffenheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Biotope mit besonderer bis allgem. Bedeutung (Wertstufe IV): <ul style="list-style-type: none"> - Laubwälder (WRA 1,0 ha), Nadelwälder (WKS 5,72 ha) • Biotope mit allgemeiner Bedeutung (Wertstufe III): <ul style="list-style-type: none"> - Laubwälder (WPB 150 m², WXP 0,27 ha), Nadelwälder (WZK 6,48 ha, UWA 0,29 ha), Ruderalfluren, waldzugehörig (UHM 0,16 ha, UHT 0,14 ha), Gehölzbestände (BRS 840 m²), Grünland (GMS 50 m²) • Biotope ohne Wertstufe: <ul style="list-style-type: none"> - Gehölzbestände (HBE) <p>Beim Bau der Anschlussstelle südlich der L 180 werden Waldbiotope von Straßenflächen zerschnitten und verinselt. Auf den verinselten Restflächen können sich keine stabilen Lebensgemeinschaften erhalten, Fortpflanzungs- und Austauschmöglichkeiten sind begrenzt. Im Einzelnen sind folgende Wertigkeiten betroffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Biotope mit besonderer bis allgem. Bedeutung (Wertstufe IV): • Biotope mit allgemeiner Bedeutung (Wertstufe III): 	<p>Verlust:</p> <p>6,72 ha (IV)</p> <p>7,44 ha (III)</p> <p>Verinselung:</p> <p>0,40 ha (IV)</p> <p>0,85 ha (III)</p>	--	<p>dauerhaft / überw. erheblich</p> <p><u>Biotope der Wertstufe III:</u> Der Verlust von straßenbegleitenden Gras- und Staudenfluren (UHT, UHM, UHF) sowie von straßenbegleitenden Gehölzpflanzungen (HPS) (insg. 1,85 ha) wird - in Bezug auf die Biotop- und Habitatfunktion - als nicht erheblich eingestuft, da nach dem Ausbau Seitenflächen (Böschungen, Mulden etc.) für die Wiederherstellung dieser Biotope in ausreichendem Umfang (d.h. mindestens 1:1) wieder zur Verfügung stehen.</p> <p>Es verbleibt ein erheblicher Verlust von Biotopen der Wertstufe III im Umfang von 7,44 ha</p>

Konflikt-Nr.	Wirkungsart	Wirkfaktor	Beschreibung der Auswirkungen § 14 (1) BNatSchG (Welche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, werden durch das Vorhaben hervorgerufen?)	Umfang	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung nach § 15 (1) BNatSchG	Beeinträchtigungsdauer / Erheblichkeit
K7	bau.	temporäre Flächeninanspruchnahme (Baustreifen)	Verlust von Biotopen durch temporäre Flächeninanspruchnahme Für die Bereitstellung von Baustreifen werden Biotope mit allgemeiner Bedeutung (Wertstufe III) beansprucht.	0,40 ha	Reduzierung von Baustreifen auf das unbedingt erforderliche Maß, Rekultivierung der Baustreifen und Wiederherstellung der beanspruchten Biotope (S01)	vorübergehend / bei Wiederherstellung der beanspruchten Biotope (Wertstufe III) auf den beanspruchten Flächen in gleichem Umfang und gleicher Wertigkeit nicht erheblich
K8	anl.	Inanspruchnahme von Flächen	Verlust von Einzelbäumen/Baumgruppen Durch die Umgestaltung der PKW-Parkplätze auf der T+R-Anlage Allertal Ost und die Anordnung einer Abbiegespur im Zuge der L180 werden vorhandene Einzelbäume entnommen.	70 Stk. (von STU 0,10 bis 0,50)	Pflanzung von Einzelbäumen auf der T+R-Anlage im Zuge von Gestaltungsmaßnahmen (G08)	dauerhaft / erheblich
K09	anl.	Veränderung von Standortbedingungen	Beeinträchtigung von Wald durch das Freistellen der Bestände Das geplante Vorhaben greift sowohl auf der Ost- als auch auf der Westseite tief in geschlossene Waldflächen hinein. In den verbleibenden, angeschnittenen Waldbeständen kann es durch Veränderungen der Standortbedingungen und durch das Freistellen von Bäumen zu indirekten Beeinträchtigungen kommen (z.B. in Form von Windwurf, Bodenaustrocknung).	rd. 7,48 ha (Waldfläche bis in einer Tiefe von 30 m ab Baukörper), betr. Waldrandlänge: rd. 2.500 m	--	dauerhaft / erheblich
K10	bau.	Baubetrieb/Baustellenverkehr	Mögliche baubedingte Beeinträchtigung von Bäumen und Vegetationsbeständen Während der Bauphase kann es zu Beeinträchtigungen angrenzender Biotope (insbesondere Wald) durch ein Befahren mit Baumaschinen oder die Ablagerung von Baumaterialien kommen. In und am Baufeld stehende Einzelbäume sind durch Abgrabungen und Aufschüttungen im Wurzelbereich gefährdet.	rd. 4.300 m Randzone zu schutzwürdigen Biotopen	Errichtung von Schutzzäunen zur Baufeldbegrenzung, Schutz von Einzelbäumen (S01)	vorübergehend / bei Beachtung der Vermeidungsmaßnahmen nicht erheblich
K11	bau.	Baubetrieb/Baustellenverkehr	Mögliche baubedingte Beeinträchtigung von geschützten Teilen von Natur und Landschaft (FFH-/VS-Gebiet) Südlich der L180 können beim Bau der Anschlussstelle (Westseite) und beim Rückbau der Wegerampe zur Schaffung von Retentionsraum Beeinträchtigungen von Fauna und Flora durch akustische Störungen (Brutvögel) oder das Befahren schützenswerter Vegetationsflächen entstehen.	--	Errichtung von Schutzzäunen Bauzeitbeschränkung: Durchführung der Bauarbeiten zur Schaffung von Retentionsraum außerhalb der Brutzeit (S02 _{CEF}),	vorübergehend / bei Beachtung der Vermeidungsmaßnahmen nicht erheblich

Konflikt-Nr.	Wirkungsart	Wirkfaktor	Beschreibung der Auswirkungen § 14 (1) BNatSchG (Welche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, werden durch das Vorhaben hervorgerufen?)	Umfang	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung nach § 15 (1) BNatSchG	Beeinträchtigungsdauer / Erheblichkeit
K 12	anl.	Inanspruchnahme von Flächen	Verlust / Beeinträchtigung von Fledermaus-Funktionsräumen mit hoher Bedeutung Im Übergangsbereich zum Allertal werden Fledermaus-funktionsräume mit hoher Bedeutung (Jagdgebiete, Gebiete mit potenziellen Quartieren, Leitstrukturen) beansprucht. Zum einen ist dies der Offenlandkomplex aus Grünland, Stillgewässer, Pappelwäldchen und angrenzendem Waldrand auf der Westseite der BAB 7, zum anderen der Komplex mit Ackernutzung und Kiefernwald (inkl. Waldrand) östlich der BAB 7. Weitere Funktionsräume mit hoher Bedeutung gehen im Waldrandbereich der T+R-Anlage Allertal Ost verloren. Die festgestellten Jagdgebiete werden nicht als essenzielle Nahrungsflächen in Verbindung zu Quartieren eingestuft. Die Beeinträchtigungen der Jagdgebiete wirken sich somit nicht auf potentielle Quartierbereiche auf.	n.q.	S03 _{CEF}	dauerhaft / erheblich vorübergehend/ nicht erheblich ist die temporäre Beanspruchung von Leitstrukturen entlang der BAB, da kein erhöhtes Risiko des Einfliegens von sich in Nord-Südrichtung bewegendes Fledermäusen in den Verkehrsraum anzunehmen ist

Konflikt-Nr.	Wirkungsart	Wirkfaktor	Beschreibung der Auswirkungen § 14 (1) BNatSchG (Welche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, werden durch das Vorhaben hervorgerufen?)	Umfang	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung nach § 15 (1) BNatSchG	Beeinträchtigungsdauer / Erheblichkeit
K13	bau.	Baufeldräumung/ Bauarbeiten	<p>Mögliche baubedingte Beeinträchtigung von Tieren / mögliche Tötung von Individuen</p> <p><u>Brutvögel</u>: Bei einer Baufeldräumung innerhalb der Brutzeit ist mit der Zerstörung von Gelegen und der Tötung von Nestlingen zu rechnen. Gefährdete Arten sind nach derzeitigem Kenntnisstand (Kartierung 2008) nicht betroffen.</p> <p><u>Fledermäuse</u>: Im Rahmen der Fledermauskartierung (2008) konnten im UG keine Fledermausquartiere festgestellt werden. Eine Beeinträchtigung von Sommer-/ oder Winterquartieren bei notwendigen Baumfällungen (und ein damit verbundener Tierverlust) kann jedoch für die 2015 festgestellten Bereiche mit „Standorten von Bäumen mit potenzieller Quartierseignung“ nicht gänzlich ausgeschlossen werden.</p> <p><u>Amphibien</u>: Während der Bauphase kann es im Bereich der beanspruchten Amphibien-Landlebensräume südlich der L 180 (Westseite) zu Individuenverlusten kommen.</p> <p><u>Reptilien</u>: Bei einer Räumung von bevorzugten Lebensräumen (u.a. Bauschuttfläche im Südosten, südexponierte Waldrand) kann es zum Verlust von Individuen kommen.</p> <p><u>Ameisen</u>: Bei der Baufeldräumung ist mit der Schädigung/Zerstörung von Nesthügeln zu rechnen.</p>	n.q.	<p><u>Brutvögel</u>: Baufeldfreiräumung außerhalb der Brutzeit (S02_{CEF}),</p> <p><u>Fledermäuse</u>: Nachsuche nach Fledermausquartieren (S03_{CEF})</p> <p><u>Amphibien</u>: Anlage temp. Schutzeinrichtungen (S04_{CEF})</p> <p><u>Reptilien</u>: Entfernung bedeutender Habitatstrukturen innerhalb der Aktivitätsperiode der Tiere (Mai-August), frühzeitige Optimierung angrenzender Flächen außerhalb des Baufeldes als Ausweichlebensräume (S05_{CEF})</p> <p><u>Ameisen</u>: Schutz und Umsiedlung von Waldameisen-völkern (S06)</p>	vorübergehend/ bei Beachtung der Vermeidungsmaßnahmen nicht erheblich
K14	betr.	Beleuchtung	<p>Verlust und Beeinträchtigung von nachtaktiven Insekten durch starke Zunahme der beleuchteten Fläche</p> <p>Viele nachtaktive Insekten werden von künstlichen Lichtquellen unwiderstehlich angelockt. Durch das stundenlange Umschwirren des Lichtes verbrauchen sie unnötig Energie, was u.U. zum Erschöpfungstod führen kann. Sie sind außerhalb ihrer natürlichen Umgebung zudem stärker gefährdet.</p>	n.q.	Verzicht auf Lampen mit starker Anlockwirkung (S07)	dauerhaft / bei Durchführung der Vermeidungsmaßnahme nicht erheblich

Konflikt-Nr.	Wirkungsart	Wirkfaktor	Beschreibung der Auswirkungen § 14 (1) BNatSchG (Welche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können, werden durch das Vorhaben hervorgerufen?)	Umfang	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung nach § 15 (1) BNatSchG	Beeinträchtigungsdauer / Erheblichkeit
Schutzgut Landschaft/Erholung						
K15	anl.	visuelle Störungen / Inanspruchnahme von Wald	Beeinträchtigung von Landschaft mit mittlerer Bedeutung durch großflächigen Waldverlust Auf der bewaldeten Aller-Talsandebene werden beidseitig der BAB 7 für die Erweiterung der Rastanlage und den Bau der Abfahrt die geschlossenen Waldflächen bis in eine Tiefe von 180 m (Westseite) bzw. 220 m (Ostseite) gerodet und in wenig gegliederte Verkehrsflächen umgewandelt.	Waldverlust rd. 16 ha; durch die beidseitige Bewaldung ist der Wirkraum der Beeinträchtigung auf die Anlage beschränkt.	Begrünung der T+R-Anlage (G08)	dauerhaft / erheblich
K16	anl.	visuelle Störungen	Beeinträchtigung von Landschaft mit sehr hoher Bedeutung durch den Verlust autobahnbegleitender Gehölzstrukturen mit abschirmender Wirkung und den Bau neuer Rampen Südlich der L 180 werden bis zum Marschweg sämtliche autobahnbegleitenden Gehölzbestände entfernt. Die abschirmende und einbindende Wirkung dieser Strukturen entfällt damit. Straßendamm und Lärmschutzwand werden weithin sichtbar. Gleichzeitig werden neue Aus- und Einfahrampen (z. T. in Dammlage) errichtet.	Aufgrund der Offenheit der Landschaft beträgt die Reichweite der Beeinträchtigung rd. 500 -1.000 m	Begrünung von Lärmschutzwänden (G09)	dauerhaft / erheblich

11 Maßnahmenplanung

Trotz der aufgeführten Möglichkeiten der Eingriffsvermeidung und -minimierung verbleiben im Zusammenhang mit der Baumaßnahme unvermeidbare Folgewirkungen, die den Naturhaushalt und das Landschaftsbild weiterhin erheblich beeinträchtigen. Um nachhaltig negative Folgewirkungen zu vermeiden, ist der Verursacher gemäß § 15 BNatSchG verpflichtet, unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen).

11.1 Ableiten des Maßnahmenkonzeptes

Maßnahmen nach Eingriffsregelung nach §§ 13 - 15 BNatSchG

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen sich an den eingriffsbedingt beeinträchtigten Funktionen und Werten des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes orientieren. Bei Ausgleichsmaßnahmen sind möglichst gleiche Funktionen und Werte zu erzielen, bei Ersatzmaßnahmen möglichst ähnliche. Es ist daher die größtmögliche Annäherung an den voraussichtlichen Funktions- und Werteverlust anzustreben.

Unter Berücksichtigung dieser Kriterien ergeben sich für die Maßnahmenplanung folgende Ziele:

- Entwicklung von Wald-, Gehölz- und Saumbiotopen zur Wiederherstellung zerstörter oder beeinträchtigter Biotopstrukturen und –funktionen
- Aufwertung / Schaffung von Fledermaushabitaten
- Wiederherstellung von Retentionsraum / Retentionsvolumen
- Entwicklung stabiler, laubholzreicher Waldränder zum Schutz des Waldbestandes vor Witterungseinflüssen, zur Wiederherstellung eines Waldinnenklimas und zum Ausgleich von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes
- Einbindung des Vorhabens in den Landschaftsraum sowie
- Aufwertung natürlicher Bodenfunktionen durch Entsiegelung und /oder Nutzungsextensivierung.

Grundsätzlich geht das BNatSchG von einem Vorrang der Entsiegelung in gleicher Weise wie auch der Wiedervernetzungsmaßnahmen und der Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen vor sonstigen Kompensationsmaßnahmen aus. Bei der Festlegung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind zudem die Programme und Pläne nach § 10 und § 11 BNatSchG sowie agrarstrukturelle Belange (§ 15 BNatSchG Abs. 3) zu berücksichtigen. Suchraum für Kompensationsmaßnahmen ist dabei der vom Vorhaben betroffenen Naturraum (vgl. § 15 BNatSchG), hier die naturräumliche Region 6 „Weser-Aller-Flachland“.

Im Rahmen der Aufstellung des Maßnahmenkonzept wurde vorrangig geprüft, inwieweit den vorgenannten Belangen Rechnung getragen werden kann. Folgende Aspekte wurden abgeprüft, um insbesondere agrarstrukturelle Belange zu berücksichtigen und somit die Herausnahme von Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung möglichst zu vermeiden:

- Entsiegelungsmaßnahmen

Durch die Neugestaltung der Tank- und Rastanlage Allertal Ost entstehen Entsiegelungspotenziale von 1,30 ha, die in die Maßnahmenplanung einbezogen werden konnten. Darüber hinaus werden Entsiegelungsmaßnahmen durch Rückbau des ~~der~~ Parkplatzes Westenholzer Bruch und den Rückbau von Fahrwegen im ehemaligen Munitionsdepot Barne in Höhe von zusammen ~~0,22~~ 0,83 ha ergriffen.

- Wiedervernetzungsmaßnahmen

Da mit dem Vorhaben keine großräumige Neuzerschneidung von Lebensräumen verbunden ist, wurden keine Wiedervernetzungsmaßnahmen angedacht.

- Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes dienen, konnten in Ermangelung geeigneter Projekte nicht berücksichtigt werden.

- Maßnahmen aus Plänen und Programmen

Die Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans (LRP 2013) für den Landkreis Heidekreis ist abgeschlossen. Im Zielkonzept ist für Teile der als Kompensation vorgesehenen Gebiete die Sicherung und Verbesserung von naturnahen Laubwäldern außerhalb der Auen und sonstiger Niederungen formuliert.

Die Maßnahme A16 „Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Waldumbau“ entspricht in ihrer Konzeption diesem Ziel des Landschaftsrahmenplans.

- Flächen der öffentlichen Hand

Mehrere Maßnahmen werden auf bundeseigenen Flächen umgesetzt (A10, ~~A15 teilweise~~ E 17). Darüber hinaus stehen keine weiteren öffentlichen Flächen zur Verfügung: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) besitzt im Naturraum Weser-Aller-Flachland keine Flächenpotenziale für Kompensationsmaßnahmen, die in die Auswahl der Kompensationsmaßnahmen einbezogen werden konnten. Aus einer Abfrage bei weiteren öffentlichen Flächeneigentümern haben sich ebenfalls keine Flächen für Kompensationsmaßnahmen ergeben.

- Sofern aktuell landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch genommen werden, so handelt es sich um Flächen, die von Seiten der Landwirtschaftskammer als Kompensationsflächen - vorabgestimmt mit den Eigentümern - zur Verfügung stehend, genannt werden. Diese ins Maßnahmenkonzept eingestellten Flächen (für Maßnahme E 17) liegen über mehrere Landkreise verteilt und gehören verschiedenen Besitzern. Somit liegt auch keine auf einen oder wenige landwirtschaftliche Betriebe wirkende Flächenbetroffenheit vor.

In Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer konnten geeignete Flächen für Ersatzaufforstungen zusammengestellt werden, die mit der UNB und der Unteren Waldbehörde der jeweils zuständigen Landkreise vorabgestimmt wurden.

Neben den oben erläuterten Zielen und Vorgaben orientierte sich die inhaltliche und räumliche Planung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an den Abstimmungen mit dem Landkreis Heidekreis (UNB, Untere Waldbehörde).

Für Biotope, die gemäß § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 24 NAGBNatSchG zu den besonders geschützten Biotopen zählen, besteht das Erfordernis einer gleichartigen Wiederherstellung des Bio-

toptyps (§ 30 Abs. 3 BNatSchG), der in seinen standörtlichen Gegebenheiten und der Flächenausdehnung mit dem beeinträchtigten oder zerstörten Biotoptyp im Wesentlichen übereinstimmt. Im Zuge der Erteilung einer Ausnahme von den Verboten des § 30 Abs. 2 BNatSchG ist somit der Nachweis zu führen, dass der betroffene Biotoptyp ausgeglichen werden kann und mindestens auf gleicher Flächengröße neu entsteht. Dies betrifft in der vorliegenden Planung die im Überschwemmungsbereich liegenden geschützt Biotope

- Grünland (GMS) und Gehölzbestände (BRS, HBE).

Anforderungen im Umgang mit natürlichen Lebensräumen im Sinne des § 19 BNatSchG in Verbindung mit dem USchadG

Vorhabenbedingt werden keine Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie außerhalb des FFH-Gebietes in Anspruch genommen oder geschädigt.

11.2 Ausgleichsmaßnahmen

Entsiegelung von Boden (Maßnahmen-Nr. A10)

Als Ausgleich für die Versiegelung von Boden sollen die nicht mehr benötigten, befestigten Verkehrsflächen entsiegelt werden. Dies ist auf einer Fläche von ~~1,52 ha~~ **2,11 ha** möglich. Die Fahrbahnbeläge werden entfernt und fachgerecht entsorgt. Anschließend werden die Flächen so hergerichtet, dass eine Besiedlung durch Pflanzen und die Versickerung von Oberflächenwasser wieder möglich werden.

Neuaufbau von Waldrändern, Umbau fragmentierter Waldflächen (Maßnahmen-Nr. A11)

In den Randbereichen der freigestellten Waldflächen werden durch forstliche Maßnahmen stabile, laubholzreiche Waldrandstrukturen aufgebaut. Zur Stabilisierung und zur Auflichtung der Bestände werden dabei einzelstammweise Bäume entnommen. In den aufgelichteten Bereichen werden in Abhängigkeit von der Bestandsstruktur horstartige Vor- und Unterpflanzungen vorgenommen (Maßnahmentiefe bis 30 m). Der Neuaufbau von Waldrändern dient der Stabilisierung der Waldränder zur Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht, der Verbesserung des Waldinnenklimas und der strukturellen und gestalterischen Aufwertung der Waldbestände zur landschaftsgerechten Wiederherstellung des Landschaftsbildes.

Südlich der L 180 werden durch den Bau der Anschlussstelle Kieferwaldbestände verinselt bzw. stark fragmentiert. Die verbleibenden Restwaldflächen sollen durch sukzessive Entnahme der Kiefern in Eichen- und Birkenreiche Waldinseln umgewandelt werden.

Die Ausführungsplanung erfolgt unter fachlicher Begleitung durch die zuständige Forstverwaltung.

Anlage straßenbegleitender Gehölzpflanzungen (Maßnahmen-Nr. A12)

Die Dammböschungen südlich der L 180 werden mit Gehölzen bepflanzt. Am Fuß der Dammböschungen entstehen Saumstreifen, die mit großkronigen Laubbäumen und flächigen Gehölzpflanzungen aus Bäumen und Sträuchern (im Bereich der Hochspannungsleitung nur mit Sträuchern) bepflanzt werden. Die Maßnahme dient der landschaftlichen Einbindung der Dammböschungen und Verkehrsflächen.

An der L 180 werden im Bereich des Radweges entnommene Einzelbäume durch Neupflanzungen kompensiert. Weitere schmale Gehölzpflanzungen sind nördlich der L 180 auf Restflächen zwischen

dem Anschlussbauwerk und der T+R-Anlage (Westseite) sowie im Randbereich der Heidelbeeranlage vorgesehen.

Für die Anpflanzungen werden standortgerechte, heimische Gehölze verwendet.

Entwicklung von Eichen-Birkenwald (Maßnahmen-Nr. A13)

Östlich der Tankanlage Allertal Ost werden vorhandene LKW-Stellplätze entsiegelt und rekultiviert (s. Maßnahme-Nr. A10). Die entsiegelte 0,29 ha große Fläche besitzt einen direkten Anschluss an vorhandene Waldflächen. Sie wird künftig nicht mehr in die T+R-Anlage einbezogen und von dieser durch einen Zaun getrennt.

Nach ihrer Rekultivierung wird die Fläche einer gelenkten Sukzession überlassen. Um eine Dominanz der Kiefer zu vermeiden, werden aufkommende Kiefern (in den ersten 10 Jahren) durch Pflegemaßnahmen aus dem Bestand entnommen. Ziel ist die Entwicklung eines standorttypischen Eichen-Birkenwaldes.

Schaffung von Retentionsraum (Maßnahmen-Nr. A14)

Der verdrängte Retentionsraum im Überschwemmungsgebiet der Aller wird bis zur Höhe des amtlichen 100-jährigen Hochwasserstandes (+26,90 m NN) ausgeglichen. Zur Schaffung von neuem Retentionsraum (mit einem erforderlichen Retentionsvolumen von 4.550 m³) wird die von der L 180 ins Allertal führende Wegerampe, die dammartig innerhalb des Überflutungsraumes liegt, knapp unter Geländeniveau abgetragen. Zur Biotopanreicherung werden auf der Fläche wechselfeuchte Mulden ohne Grundwasseranschluss angelegt. Die abgetragene Fläche wird durch Eigenentwicklung begrünt und der natürlichen Sukzession überlassen. Ziel ist die Entwicklung strukturreicher Saum- und Gehölzbiotope. Nachrichtlich: Die Fläche wird in die vorhandenen Schutzgebiete (FFH- Gebiet, VS-Gebiet) einbezogen.

Die betroffene Wegeverbindung ins Allertal wird bereits durch den Bau des Anschlusses von der L 180 abgeschnitten, so dass die Maßnahme keine zusätzlichen Erschließungsprobleme verursacht. Das abgetragene Material soll zum Bau der geplanten Anschlüsse wieder verwendet werden.

Durch die Lage der Maßnahme im unmittelbaren Randbereich geschützter Teile von Natur und Landschaft (FFH-/ VS-Gebiet, gesetzlich geschütztes Biotop, Lebensraum streng geschützter Arten) ist der Abtrag der Rampe nur unter Berücksichtigung folgender Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen zulässig:

- Abtrag ohne zusätzliche Baustreifen auf der Südseite (Schutzgebiete),
- Durchführung der Fäll- und Abtragsarbeiten außerhalb der Brutzeit der Avifauna (Maßnahme-Nr. S02_{CEF}),
- Errichtung eines Schutzzaunes zum Schutz der Waldflächen (Nordseite) und der besonders schutzwürdigen Biotopflächen (naturnahes Stillgewässer mit Erlenbewuchs, Nasswiese) auf der Südseite (Maßnahme-Nr. S01),
- Anlage einer temporären Amphibienschutzeinrichtung zur Absicherung des Baufeldes und zur Vermeidung von Individuenverlusten (Maßnahme-Nr. S04_{CEF})
- Vermeidung von Bodeneintrag in die Stillgewässer (Maßnahme-Nr. S01).

Die auf der Rampe stockenden Gehölzbestände (WRA - Biotopwertstufe IV), die zur Durchführung der Maßnahme entnommen werden müssen, werden durch Neupflanzungen auf der Maßnahmenfläche E17 kompensiert.

Entwicklung von Extensivgrünland (Maßnahmen-Nr. A15)

~~Eine Ackerfläche wird mit einer auf den Standort abgestimmten Saatgutmenge (RSM 8.1) eingesät. Eine natürliche Entwicklung ist auf Initialflächen durch Aufbringen von autochthonem Saatgut von Extensivwiesen vergleichbarer Standorte in der Umgebung mittels Heumulch oder Heudruschsaat ergänzend einzuleiten.~~

~~Details der Ausgestaltung des Mahdmanagements werden im Rahmen der Ausführungsplanung festgelegt.~~

Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Waldumbau (Maßnahmen-Nr. A16)

Bei dem Ausgangsbestand handelt es sich überwiegend um gepflanzten, arten- und strukturarmen Kiefernbestand (Kiefernforst) mit von Neophyten (Spätblühende Traubenkirsche) dominiertem Unterwuchs, deutlich von der potenziellen natürlichen Vegetation abweichend.

Ziel ist die Entwicklung des rd. 20 ha großen Ausgangsbestandes hin zu einem Traubeneiche-Buche/Hainbuchen-Bestand (WET 10). In Bereichen mit einer feuchteren standörtlichen Situation wird eine Entwicklung zu einem Stieleiche-Buchen-Bestand (WET 12) bzw. Stieleiche-Hainbuchen-Bestand (WET 11) vorgesehen. Langfristig soll der Kiefernbestand entfallen, bis zu 10 % dieses vorhandenen Bestandes bleibt zunächst als Habitatbäume erhalten.

Zu den an die Maßnahmenflächen angrenzenden Waldwegen hin werden Waldinnenränder angelegt.

Die Maßnahme wird in enger Abstimmung mit den zuständigen Forstdienststellen durchgeführt, die Ausführung der Maßnahme ist mit der [zuständigen UNB](#) abzustimmen.

11.3 Ersatzmaßnahmen

Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Aufforstung (Maßnahmen-Nr. E17)

Zur multifunktionalen Kompensation von Beeinträchtigungen von Boden, Wasser, Pflanzen, Tieren und des Landschaftsbildes wird die Anlage von naturnahem Mischwald vorgesehen. Dazu werden an Wald grenzende landwirtschaftlich genutzte Flächen aus der Nutzung genommen und aufgeforstet. Auf der Grundlage der forstlichen Standortkartierung wird als Entwicklungsziel ein Traubeneichen-Buchen-Hainbuchenwald (WET 10 bzw. 11) festgelegt. [Abweichend davon wird bei einer Fläche der WET 12 \(Stieleiche-Buchenwald\) die Grundlage für die Aufforstung. Auf einer weiteren Fläche wird WET 40 \(Roterle\) mit berücksichtigt.](#)

Die Maßnahme mit einer Gesamtgröße von [20,82-23,62 ha](#) besteht aus mehreren über den Landkreis Heidekreis und [die Region Hannover den Landkreis Celle](#) verteilte Teilflächen (Lage siehe U 12.3.21 Blatt 2 und Blatt 2a).

Mit der Maßnahme wird gleichzeitig ein forstrechtlicher Ausgleich (gemäß NWaldLG) für die Rodung von 15,92 ha Wald bereitgestellt.

Die [i. d. R.](#) im unmittelbaren Anschluss an bereits vorhandene Waldflächen liegenden geplanten Aufforstungsflächen stellen keinen Lebensraum für Offenlandarten der Avifauna dar, da diese Artengruppe natürlicherweise einen Abstand zu vertikalen Strukturen wie Wald einhält. Im Verhältnis zu angren-

zenden Offenlandbereichen wird am jeweiligen Standort immer nur ein kleiner Offenlandbereich aufgeforstet. Deshalb löst die Gesamtmaßnahme keine artenschutzrechtliche Verbotstatbestände in Bezug auf Offenlandarten der Avifauna aus. Es ist keine zusätzliche Kompensation notwendig.

Die Maßnahme wird in enger Abstimmung mit den zuständigen Forstdienststellen durchgeführt, die Ausführung der Ersatzaufforstungen sind mit der **jeweils zuständigen UNB** abzustimmen.

~~Hinweis zur Kompensationseignung der Teilfläche Flurstück 362/226, Flur 11, Gemarkung Wettmar:~~

~~Es handelt sich um eine Aufforstung, die bereits mit dem Ziel durchgeführt wurde Kompensationsflächen zu schaffen.~~

~~Nach Auskunft der Landwirtschaftskammer Niedersachsen~~

- ~~–liegt für die Fläche eine fachgerechte Dokumentation des Ausgangszustands der Flächen hinsichtlich aller Bestandteile des Naturhaushalts sowie des Landschaftsbildes vor,~~
- ~~–sind die Flächen und Maßnahmen von der UNB/UWB Region Hannover als naturschutz- und forstfachlich als geeignet bewertet und als Kompensation und Ersatzmaßnahme anerkannt worden,~~
- ~~–stehen der Maßnahme keine Belange der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft entgegen,~~
- ~~–sind dafür keine öffentlichen Fördermittel in Anspruch genommen worden und~~
- ~~–ist die Maßnahme ohne rechtliche Verpflichtung durchgeführt worden.~~

11.4 Maßnahmenübersicht

Die nachfolgende Übersichtstabelle zeigt alle Maßnahmen (einschl. der Vermeidungs- und Gestaltungsmaßnahmen aus Kap. 9) mit Angabe des Maßnahmenkürzels, der Kurzbeschreibung (Titel) und der Flächengröße.

Tab. 2: Maßnahmenübersicht

Maßnahmen-Nr.	Beschreibung	Flächengröße
Vermeidungsmaßnahmen		
S01	Schutz von Boden, Wasser und Biotopen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Räumliche Begrenzung des Eingriffs ▪ Reduzierung von Baustreifen auf das unbedingt erforderliche Maß ▪ fachgerechtes Abräumen und getrennte Lagerung des Oberbodens vom übrigen Bodenaushub ▪ ordnungsgemäße Lagerung, Verwendung und Entsorgung aller boden- und wassergefährdender Stoffe ▪ keine Ableitung von ungereinigtem Baustellenwasser in Oberflächengewässer, Vermeidung von Sedimenteinträgen ▪ Rekultivierung von Bau- und Betriebsflächen ▪ Errichtung von Schutzzäunen zur Baufeldbegrenzung, Schutz von Einzelbäumen ▪ Umweltbaubegleitung 	-
S02_{CEF}	Schutz von Brutvögeln <ul style="list-style-type: none"> ▪ Baufeldräumung außerhalb der Brutzeit, Durchführung der Fällarbeiten in dem gesetzlich festgelegten Zeitraum ▪ Bauzeitbeschränkung: Durchführung der Bauarbeiten zur Schaffung von Retentionsraum außerhalb der Brutzeit 	-
S03_{CEF}	Schutz von Fledermäusen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Nachsuche nach Fledermäusen bei zu fällenden potenziellen Quartierbäumen ▪ Bereitstellung von künstlichen Quartieren 	-
S04_{CEF}	Schutz von Amphibien <ul style="list-style-type: none"> ▪ temporäre Amphibienschutzeinrichtungen gemäß MAMs 2000 zur Absicherung des Baufeldes und Vermeidung von Individuenverlusten 	1.000 m
S05_{CEF}	Schutz von Reptilien <ul style="list-style-type: none"> ▪ Nachuntersuchung der Schlingnatter ▪ Frühzeitige Bereitstellung von Ausweichhabitaten für Reptilien (Ablagerung von Holz, Baumstubben, Schaffung von Bodenunebenheiten) ▪ Entfernung bedeutender Habitatstrukturen innerhalb der Aktivitätsperiode der Tiere (Mai-August) 	-
S06	Schutz und Umsiedlung von Waldameisenvölkern	-
S07	Verzicht auf Lampen mit starker Anlockwirkung —Einsatz von Natriumdampflampen	-
Gestaltungsmaßnahmen		
G08	Begrünung der Tank- und Rastanlage	1,30 ha

G09	Begrünung von Lärmschutzwänden	690 580 m
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen		
A10	Entsiegelung von Boden	1,52 ha 2,11 ha
A11	Entwicklung von Waldrändern durch Umbau und Sukzession / Umbau fragmentierter Kiefernforste	7,32 ha
A12	Anlage straßenbegleitender Gehölzpflanzungen	1,38 ha
A13	Entwicklung von Eichen-Birkenwald	0,29 ha auf entsiegelten Flächen der Maßnahme A09
A14	Schaffung von Retentionsraum durch den Rückbau einer Wegerampe <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wiederherstellung von Retentionsvolumen ▪ Ausgleich für nach § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG geschütztem Grünland ▪ Nachrichtlich: Einbeziehung der neu geschaffenen Retentionsfläche in die angrenzenden Schutzgebiete (FFH-/VS-Gebiet) 	4.550 m ³ entspricht 0,58 ha
A15	Entwicklung von Extensivgrünland	3,5 ha
A16	Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Waldumbau	20,15 ha
E17	Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Aufforstung	20,82 ha 23,62 ha

12 Gegenüberstellung der erheblichen Beeinträchtigungen mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Nach der HNL-S 99 ist als Übersicht der Kompensation die Gegenüberstellung von Maßnahmen (Art, Umfang und zeitlicher Ablauf) mit den zu erwartenden Beeinträchtigungen vorgesehen. Diese Darstellung ist in der nachstehenden Tabelle 3 enthalten.

Mögliche baubedingte Beeinträchtigungen von Boden, Wasser, Pflanzen und Tieren (Konflikt-Nr. K2, K7, K10, K11) können durch geeignete Schutzmaßnahme S01, S02_{CEF}, S03_{CEF}, S04_{CEF} und S05_{CEF} vermieden werden, so dass keine erheblichen Beeinträchtigungen verbleiben. Die anlagenbedingte Beeinträchtigung nachtaktiver Insekten (Konflikt-Nr. K14) wird durch Maßnahme S07 (Verzicht auf Lampen mit starker Anlockwirkung, Einsatz von ~~Natriumdampflampen~~ z. B. LED-Beleuchtungsanlage vom Typ „warmweiß“ oder solcher mit vergleichbarer geringer Anlockwirkung) vermieden.

Der Konflikt Beeinträchtigung von Boden durch Versiegelung und Teilversiegelung (KV) wird durch die Entsiegelung von nicht mehr benötigten Stellplätzen und Fahrbahnteilen ausgeglichen (Teilausgleich) (A10 in Verbindung mit A13) und durch die Aufwertung von Bodenfunktionen durch Nutzungsextensivierung (~~A15 und~~ E17) ersetzt.

Die Beeinträchtigung von Boden durch Auf- und Abtrag (Konflikt-Nr. K1) und die betriebsbedingte Erhöhung der stofflichen Belastung von Boden und Wasser (Konflikt-Nr. K3) werden ebenfalls über die Extensivierung der Nutzung und die Aufwertung der Flächen im Rahmen der Ersatzmaßnahmen (E17) kompensiert.

Der Konflikt „Inanspruchnahme von Retentionsraum“ (Konflikt-Nr. K4) wird im direkten Umfeld des Eingriffs durch Rückbau einer Wegerampe vollständig ausgeglichen.

Der Verlust und die Verinselung von (Wald-)Biotopen (Konflikt-Nr. K6) kann im direkten Umfeld der Trasse nicht ausgeglichen werden. Die Beeinträchtigung von Fledermaushabitaten mit hoher Bedeutung (Konflikt-Nr. K12) wird durch Bereitstellung von künstlichen Quartieren (S03_{CEF}) und die Schaffung neuer Gehölzstrukturen (A12) vermieden bzw. teilweise kompensiert. Der Teilverlust von Jagdgebieten wird im Rahmen der Ausgleichsmaßnahme A16 durch Aufwertung von Biotop- und Habitatfunktionen auf bislang geringwertigen Flächen kompensiert.

Der Konflikt „Verlust von Einzelbäumen/Baumgruppen“ (Konflikt-Nr. K8) wird durch Neuanpflanzungen auf der Rastanlage minimiert (G08) bzw. durch Neupflanzungen im Randbereich der Trasse (A12) kompensiert. Die Beeinträchtigung von Wald infolge des Waldanschnittes wird durch forstliche Maßnahmen zum Aufbau eines neuen Waldrandes in der Wirkzone der Beeinträchtigung (30 m ab Baukörper) kompensiert.

Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes auf der Allertalsand-Ebene (Landschaftsbildeinheit „Waldlandschaft der bewaldeten Binnendünen“) (Konflikt-Nr. K15) wird durch die Eingrünung der Anlage minimiert (G08). Hiernach verbleibende Beeinträchtigungen können vor Ort nicht ausgeglichen werden und werden daher multifunktional durch strukturanreichernde Maßnahmen für die Boden-, Biotop- und Habitatfunktion im LK Heidekreis, und LK Celle ~~sowie der Region Hannover~~ (E17) kompensiert.

Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes im Allertal (Konflikt-Nr. K16) wird durch die Begrünung der Lärmschutzwände (G09) minimiert und durch die Wiederherstellung der Bepflanzung auf den Dammböschungen und die Anlage vorgelagerter Gehölzstreifen kompensiert (A12).

Mit der Durchführung der angegebenen Maßnahmen wird der Ausgleich bzw. Ersatz des Eingriffes im Sinne der HNL-S 99 und dem BNatSchG als gegeben angesehen.

13 Anforderungen des NWaldLG / Ersatzaufforstung

Die geplante Erweiterung der T + R - Anlage Allertal und der Neubau der Anschlussstelle Allertal verursacht einen anlagebedingten (dauerhaften) Verlust von Wald von insgesamt 15,92 ha. Im Einzelnen sind folgende Waldtypen betroffen:

laubholzreicher Kiefernwald (WKS), Waldrand magerer, basenarmer Standorte (WRA)	6,65 ha
Kiefernforst (WZK)	6,60 ha
Douglasienforst, Lärchenforst, Schwarzkiefernforst (WZN), Altersstrukturtyp: schwaches und mittleres Baumholz	1,84 ha
Hybridpappelforst (WXP)	0,28 ha
Birken-Pionierwald (WPB), Waldlichtungsflur (UWA)	0,27 ha
Halbruderales Gras- und Staudenfluren (UHM, UHT) (soweit waldzugehörig)	0,28 ha
gesamt	15,92 ha

Für diese geplante Waldrodung ist gemäß NWaldLG ein forstrechtlicher Ausgleich in Form einer Ersatzaufforstung zu erbringen. Die mit der landschaftspflegerischen Maßnahme „Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Aufforstung“ (Maßnahmen-Nr. E17, s. Kap. 11.3) verbundene Wiederherstellung von Wald auf mehreren insgesamt ~~20,82 ha~~ 23,62 ha großen Flächen genügt den Anforderungen, die sich aus dem NWaldLG ergeben. Sie kann auf die forstrechtliche Kompensationsverpflichtung angerechnet werden, so dass keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind.


Gruppe Freiraumplanung
Freiraumplanung Ostermeyer+Partner mbB
Landschaftsarchitekten
Langenhagen, September 2015

Geprüft:gez. Schneider.....

Tab. 3: Vergleichende Gegenüberstellung von Beeinträchtigung und Kompensation

Konflikte				Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege				
Nr.	Eingriffssituation - Art der Beeinträchtigung der betroffenen Werte und Funktionen	Bau-km; BW-Nr.	Betroffene Werte u. Funktionen [ha]	Nr.	Lage, örtliche Bezeichnung	Beschreibung der Maßnahme	Umfang d. Maßnahme in ha	Bemerkungen/ Kompensationsziel
BA=baubedingt, AN=anlagebedingt, BE=betriebsbedingt								
KV	Verlust von Boden durch Versiegelung und Teilversiegelung	gesamte Baustrecke	8,93 (Versiegelung 8,56, Teilversiegelung 0,37; davon Boden mit besonderer Bedeutung: 2,76)					
AN	- Die Versiegelung/Teilversiegelung von Boden führt zu einem irreversiblen Verlust der Funktionen des Bodens als Pflanzenstandort, als Lebensraum für Bodenorganismen sowie als Grundwasserspeicher und -filter.			A10	bestehende T+R-Anlage im Bereich Parkplatz Westenholzer Bruch Bereich ehemaliges Munitionsdepot Bar-me	Entsiegelung von Boden	1,30 0,22 0,61	Anteiliger Ausgleich für die Versiegelung /Teilversiegelung von Boden
				A15	430/2, Flur 6, Gemarkung Buchholz (Aller)	Entwicklung von Extensivgrünland	2,81 (von 3,5)	Die Maßnahme dient der multifunktionalen Kompensation von Beeinträchtigungen von Boden und Pflanzen
				E17	Flächen im LK Heidekreis, LK Celle und LK Verden und Region Hannover	Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Aufforstung	1,37 3,57 (von 20,82 23,62)	

Konflikte				Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege				
Nr.	Eingriffssituation - Art der Beeinträchtigung der betroffenen Werte und Funktionen	Bau-km; BW-Nr.	Betroffene Werte u. Funktionen [ha]	Nr.	Lage, örtliche Bezeichnung	Beschreibung der Maßnahme	Umfang d. Maßnahme in ha	Bemerkungen/ Kompensationsziel
BA=baubedingt, AN=anlagebedingt, BE=betriebsbedingt								
K1 AN	Beeinträchtigung von Boden durch Auf- und Abtrag - Im Bereich der Böschungen, Mulden, Trennstreifen und der Versickerungsbekken kommt es durch Abgrabung und Aufschüttung zu einer Beeinträchtigung der ursprünglichen Bodenstruktur und der Bodenfunktionen. Die bestehenden Bodenprofile werden abgetragen oder mit Fremdmaterial überschüttet. Es kommt zu veränderten Funktionsausprägungen der einzelnen Bodenfunktionen.	gesamte Baustrecke	1,24 (Boden mit besonderer Bedeutung: 0,14, Boden mit allgemeiner Bedeutung: 1,1)	A15 E17	130/2, Flur 6, Gemarkung Buchholz (Allertal) Flächen im LK Heidekreis, LK Celle und LK Verden	Entwicklung von Extensivgrünland Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Aufforstung	0,69 (von 3,5) 0,69 (von 23,62)	Die Maßnahme dient der multifunktionalen Kompensation von Beeinträchtigungen von Boden und Pflanzen Anteiliger Ausgleich für die Überbauung von Boden
K2 BA	Mögliche baubedingte Beeinträchtigung von Boden und Wasser - Mit der temporären Inanspruchnahme von Boden können Bodenfunktionen z.B. durch Verdichtungen oder den Eintrag von Fremdstoffen beeinträchtigt werden. Eine baubedingte Freisetzung von Schadstoffen kann zu einer Verunreinigung von Grund- und Oberflächenwasser führen.	gesamte Baustrecke	- ca. 0,7, n.q.	S01	gesamtes Bauvorhaben	Schutz von Boden, Wasser und Biotopen	-	Vermeidung von temporären Gefährdungen während der Bauausführung
K3 BE	Betriebsbedingte Erhöhung der stofflichen Belastung von Boden und Wasser - Mit dem Ausbau der T+R-Anlage findet eine Verlagerung der Eintragsbereiche nach außen und durch die stärkere Frequentierung der Anlage eine Erhöhung der Schadstoffeinträge statt, die über den Luftpfad in den Boden bzw. das Grundwasser gelangen.	gesamte Baustrecke	n.q.	E17	Flächen im LK Heidekreis LK Celle und LK Verden und Region Hannover	Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Aufforstung	19,15 (von 20,82 23,62)	Die Maßnahme dient der multifunktionalen Kompensation von Beeinträchtigungen von Boden und Pflanzen

Konflikte				Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege				
Nr.	Eingriffssituation - Art der Beeinträchtigung der betroffenen Werte und Funktionen	Bau-km; BW-Nr.	Betroffene Werte u. Funktionen [ha]	Nr.	Lage, örtliche Bezeichnung	Beschreibung der Maßnahme	Umfang d. Maßnahme in ha	Bemerkungen/ Kompensationsziel
BA=baubedingt, AN=anlagebedingt, BE=betriebsbedingt								
K4 AN	Inanspruchnahme von Retentionsraum - Für den Bau der Anschlüsse südlich der L 180 und deren Dammböschungen werden Flächen im Überschwemmungsgebiet der Aller überbaut oder abgeschnitten (rd. 1,20 ha). Dies führt zum Verlust von Retentionsraum.	Allertal	4.550 m³ (Retentionsvolumen)	A14	Wegerampe ins Allertal (südlich der L 180)	Schaffung von Retentionsraum	0,58	Der verdrängte Retentionsraum soll bis zur Höhe des amtlichen 100-jährigen Hochwasserstandes (+26,90 m NN) durch Abtrag einer Wegerampe im Allertal ausgeglichen werden. <i>Nachrichtlich: Die abgetragene Fläche wird als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Schutzgebietsfläche künftig in die vorhandenen Schutzgebiete (FFH-Gebiet, VS-Gebiet) einbezogen.</i>
K5 AN	Inanspruchnahme von Schutzgebieten (FFH- und EU-Vogelschutzgebiet) - Südlich der L 180 (Westseite) wird mit dem Bau der Anschlussstelle ein als Grünland genutzter Randstreifen der beiden sich überlagernden Schutzgebiete überbaut. FFH-Lebensraumtypen sind nicht betroffen.	Allertal	450 m²	A14	Wegerampe ins Allertal (südlich der L 180)	Schaffung von Retentionsraum	0,58	Der verdrängte Retentionsraum soll bis zur Höhe des amtlichen 100-jährigen Hochwasserstandes (+26,90 m NN) durch Abtrag einer Wegerampe im Allertal ausgeglichen werden. <i>Nachrichtlich: Die abgetragene Fläche wird als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Schutzgebietsfläche künftig in die vorhandenen Schutzgebiete (FFH-Gebiet, VS-Gebiet) einbezogen.</i>

Konflikte				Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege				
Nr.	Eingriffssituation - Art der Beeinträchtigung der betroffenen Werte und Funktionen	Bau-km; BW-Nr.	Betroffene Werte u. Funktionen [ha]	Nr.	Lage, örtliche Bezeichnung	Beschreibung der Maßnahme	Umfang d. Maßnahme in ha	Bemerkungen/ Kompensationsziel
BA=baubedingt, AN=anlagebedingt, BE=betriebsbedingt								
K6 AN	Verlust und Verinselung von Biotopen - Für den Ausbau der T+R Anlage, den Bau der Anschlussstelle nördlich und südlich der L 180 werden Waldbiotop und Gehölz- und Offenlandbiotop beansprucht. - Der Rückbau der Rampe zur Schaffung von Retentionsraum beansprucht laubholzreiche Waldrandstrukturen. - Die südlich der L 180 beanspruchten Flächen sind Amphibien-Landlebensräume mit mittlerer Bedeutung. Auf der Ostseite wird ein Reptilienlebensraum mit hoher Fundortdichte (südexponierter Waldrand) beansprucht. - Beim Bau der Anschlussstelle südlich der L 180 werden Waldbiotop von Straßenflächen zerschnitten und verinselt. Auf den verinselten Restflächen können sich keine stabilen Lebensgemeinschaften erhalten, Fortpflanzungs- und Austauschmöglichkeiten sind begrenzt.	gesamte Baustrecke	Verlust: Biotop der Wertstufe III: 7,44, Biotop der Wertstufe IV: 6,72 Verinselung: Biotop der Wertstufe III: 0,85, Biotop der Wertstufe IV 0,4	A16 E17	Gemarkung Hademstorf, Flur 2 Flächen im LK Heidekreis LK Celle und LK Verden und Region Hannover	Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Waldumbau Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Aufforstung	20,15 19,15 (von 20,82 23,62)	Die Maßnahme dient der multifunktionalen Kompensation von Beeinträchtigungen von Boden und Pflanzen Die Maßnahme dient der multifunktionalen Kompensation von Beeinträchtigungen von Boden und Pflanzen
K7 BA	Verlust von Biotopen durch temporäre Flächeninanspruchnahme - Für die Bereitstellung von Baustreifen entlang der Dammböschungen werden Biotop beansprucht.	gesamte Baustrecke	0,4	S01	gesamte Baustrecke	Schutz von Boden, Wasser und Biotopen	-	Vermeidung von temporären Gefährdungen während der Bauausführung
K8 AN	Verlust von Einzelbäumen/Baumgruppen - Durch die Umgestaltung der PKW-Parkplätze auf der Ostseite der T+R-Anlage und die Anordnung einer Abbiegespur im Zuge der L 180 werden vorhandene Einzelbaumbestände entnommen.	L 180, T+R-Anlage Allertal Ost	70 Stück	G08 A12	T+R Anlage südlich der L 180 (Ost- und Westseite), nördlich der L 180 (Westseite)	Begrünung der Tank- und Rastanlage Anlage straßenbegleitender Gehölzpflanzungen	1,3 1,38	Landschaftliche Einbindung der Anlage Einbindung der Dammböschungen und der Verkehrsflächen in das Landschaftsbild

Konflikte				Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege				
Nr.	Eingriffssituation - Art der Beeinträchtigung der betroffenen Werte und Funktionen	Bau-km; BW-Nr.	Betroffene Werte u. Funktionen [ha]	Nr.	Lage, örtliche Bezeichnung	Beschreibung der Maßnahme	Umfang d. Maßnahme in ha	Bemerkungen/ Kompensationsziel
BA=baubedingt, AN=anlagebedingt, BE=betriebsbedingt								
K9 AN	Beeinträchtigung von Wald durch das Freistellen der Bestände - Das geplante Vorhaben greift sowohl auf der Ost- als auch auf der Westseite der BAB 7 tief in geschlossene Waldflächen hinein. In den verbleibenden, angeschnittenen Waldbeständen kann es durch Veränderungen der Standortbedingungen und durch das Freistellen von Bäumen zu indirekten Beeinträchtigungen kommen (z.B. in Form von Windwurf, Bodenaustrocknung).	gesamte Baustrecke	7,64	A11 A16	105+070 - 106+350 Gemarkung Hademstorf, Flur 2	Entwicklung von Waldrändern durch Umbau und Sukzession / Umbau fragmentierter Kiefernforste Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Waldumbau	7,32 19,05 20,15	Ziel der Maßnahme ist die Entwicklung stabiler, laubholzreicher Randstrukturen und Restwaldinseln zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit, zum Schutz des Waldbestandes vor Witterungseinflüssen, zur Wiederherstellung eines Waldinnenklimas und zum Ausgleich von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes. Der Randbereich der Maßnahme übernimmt hier multifunktional auf 0,32 ha die Funktion der Maßnahme A11
K10 BA	Mögliche baubedingte Beeinträchtigung von Bäumen und Vegetationsbeständen - Während der Bauphase kann es zu Beeinträchtigungen angrenzender Biotope (insbesondere Wald) durch ein Befahren mit Baumaschinen oder die Ablagerung von Baumaterialien kommen. In und am Bau-feld stehende Einzelbäume sind durch Abgrabungen und Aufschüttungen im Wurzelbereich gefährdet.	gesamte Baustrecke	rd. 4.300 m Randzone zu schutzwürdigen Biotopen	S01	gesamtes Bauvorhaben	Schutz von Boden, Wasser und Biotopen		Vermeidung von temporären Gefährdungen während der Bauausführung
K11 BA	Mögliche baubedingte Beeinträchtigung von geschützten Teilen von Natur und Landschaft - Südlich der L 180 können beim Bau der Anschlussstelle (Westseite) und beim Rückbau der Wegerampe zur Schaffung von Retentionsraum Beeinträchtigungen von Fauna und Flora durch akustische Störungen (Brutvögel) oder das Befahren schützenswerter Vegetationsflächen auftreten.	Allertal	n.q.	S01 S02 CEF	gesamtes Bauvorhaben gesamtes Bauvorhaben	Schutz von Boden, Wasser und Biotopen Schutz von Brutvögeln	- -	Vermeidung von temporären Gefährdungen während der Bauausführung Vermeidung von Individuenverlusten, Vermeidung von Beeinträchtigungen durch Lärm

Konflikte				Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege				
Nr.	Eingriffssituation - Art der Beeinträchtigung der betroffenen Werte und Funktionen	Bau-km; BW-Nr.	Betroffene Werte u. Funktionen [ha]	Nr.	Lage, örtliche Bezeichnung	Beschreibung der Maßnahme	Umfang d. Maßnahme in ha	Bemerkungen/ Kompensationsziel
BA=baubedingt, AN=anlagebedingt, BE=betriebsbedingt								
K12 AN	Verlust / Beeinträchtigung von Fledermaus-Funktionsräumen mit hoher Bedeutung - Im Übergangsbereich zum Allertal werden Fledermausfunktionsräume mit hoher Bedeutung (Jagdgebiete, Gebiete mit potenziellen Quartieren) beansprucht. Zum einen ist dies der Offenlandkomplex aus Grünland, Stillgewässer, Pappelwäldchen und angrenzendem Waldrand auf der Westseite der BAB 7, zum anderen der Komplex mit Ackernutzung und Kiefernwald (inkl. Waldrand) östlich der BAB 7. Weitere Funktionsräume mit hoher Bedeutung gehen im Randbereich der T+R-Anlage Allertal Ost verloren.	Allertal	n.q.	S03 CEF A16	südlich der L 180 Gemarkung Hademstorf, Flur 2	Schutz von Fledermäusen Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Waldumbau	- 20,15	Vermeidung von Individuenverlusten, Bereitstellung von Quartieren Die Maßnahme dient der multifunktionalen Kompensation von Beeinträchtigungen von Boden, Pflanzen und Fledermausjagdgebieten
K13 BA	Mögliche baubedingte Tötung von Individuen - Brutvögel: Bei einer Baufeldräumung innerhalb der Brutzeit ist mit der Zerstörung von Gelegen und der Tötung von Nestlingen zu rechnen. - Fledermäuse: Im Rahmen der Fledermauskartierung (2008) konnten im UG keine Fledermausquartiere festgestellt werden. Eine Beeinträchtigung von Sommer-/ oder Winterquartieren bei notwendigen Baumfällungen (und ein damit verbundener Tierverlust) kann jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. - Amphibien: Während der Bauphase kann es im Bereich der beanspruchten Amphibienlandebensräume südlich der L180 (Westseite) zu Individuenverlusten kommen. - Reptilien: Bei einer Räumung von bevorzugten Lebensräumen kann es zum Verlust von Individuen kommen.	gesamte Baustrecke	n.q.	S02 CEF S03 CEF S04 CEF S05 CEF	gesamtes Bauvorhaben südlich der L 180 südlich der L 180 (Westseite) südlich der L 180 (Ostseite)	Schutz von Brutvögeln Schutz von Fledermäusen Schutz von Amphibien Schutz von Reptilien	- 1.000 m	Vermeidung von Individuenverlusten, Vermeidung von Beeinträchtigungen durch Lärm Bereitstellung von Quartieren Vermeidung von Individuenverlusten Vermeidung von Individuenverlusten durch Schutzzaun Bereitstellung von Ausweichhabitaten für Reptilien, Entfernung bedeutender Habitatstrukturen innerhalb der Aktivitätsperiode der Tiere

Konflikte				Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege				
Nr.	Eingriffssituation - Art der Beeinträchtigung der betroffenen Werte und Funktionen	Bau-km; BW-Nr.	Betroffene Werte u. Funktionen [ha]	Nr.	Lage, örtliche Bezeichnung	Beschreibung der Maßnahme	Umfang d. Maßnahme in ha	Bemerkungen/ Kompensationsziel
BA=baubedingt, AN=anlagebedingt, BE=betriebsbedingt								
K14 BE	Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch großflächigen Waldverlust - Auf der bewaldeten Aller-Talsandebene werden auf beiden Seiten der BAB 7 für die Erweiterung der Rastanlage und den Bau der Abfahrt die geschlossenen Waldflächen bis in einer Tiefe von 180 m (Westseite) bzw. 220 m (Ostseite) gerodet und in wenig gegliederte Verkehrsflächen umgewandelt.	LKW-Parkplätze (neu)		S07	T+R-Anlage	Verzicht auf Lampen mit starker Anlockwirkung -Einsatz von Natriumdampflampen	-	Verminderung von Verlust und Beeinträchtigung nachtaktiver Insekten
K15 AN	Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch großflächigen Waldverlust - Auf der bewaldeten Aller-Talsandebene werden auf beiden Seiten der BAB 7 für die Erweiterung der Rastanlage und den Bau der Abfahrt die geschlossenen Waldflächen bis in einer Tiefe von 180 m (Westseite) bzw. 220 m (Ostseite) gerodet und in wenig gegliederte Verkehrsflächen umgewandelt.	bewaldete Aller-Talsandebene	16 ha Waldverlust, Reichweite der Beeinträchtigung rd. 200 m	A13 E17	östlich der Tankanlage Allertal Ost Flächen im LK Heidekreis, LK Celle und LK Verden und Regionen Hannover	Entwicklung von Eichen-Birkenwald Entwicklung von naturnahem Mischwald durch Aufforstung	0,29 19,15 (von 20,82 23,62)	Begründung von Wald auf entsiegelten Flächen (s. A10) Die Maßnahme dient der multifunktionalen Kompensation von Beeinträchtigungen von Boden und Pflanzen
K16 AN	Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch den Verlust autobahnbegleitender Gehölzstrukturen mit abschirmender Wirkung und den Bau neuer Rampen - Südlich der L 180 werden bis zum Marschweg sämtliche autobahnbegleitenden Gehölzbestände entfernt. Die abschirmende und einbindende Wirkung dieser Strukturen entfällt damit. Straßendamm und Lärmschutzwand werden weiterhin sichtbar. Gleichzeitig werden neue Aus- und Einfahrtspuren (z. T. in Dammlage) errichtet.	Allertal	Reichweite der Beeinträchtigung 500-1000 m	G09 A12	östlich der BAB 7 südlich der L 180 (Ost- und Westseite), nördlich der L 180 (Westseite)	Begrünung von Lärmschutzwänden Anlage straßenbegleitender Gehölzpflanzungen	690 580 m 1,38	Landschaftliche Einbindung der Bauwerke Einbindung der Dammböschungen und der Verkehrsflächen in das Landschaftsbild

Quellenverzeichnis

Literatur:

FÖA LANDSCHAFTSPLANUNG (2009): Leitfaden Fledermausschutz. Entwurf Stand 10/2010. Teilbericht zum Forschungsprojekt FE 02.0256/2004/Lr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung "Quantifizierung und Bewältigung verkehrs-bedingter Trennwirkungen auf Fledermauspopulationen als Arten des Anhang der FFH-Richtlinie". Trier / Bonn.

NIEDERSÄCHSISCHE LANDESBEHÖRDE FÜR STRAßENBAU UND VERKEHR & NIEDERSÄCHSISCHER LANDESBETRIEB FÜR WASSERWIRTSCHAFT, KÜSTEN- UND NATURSCHUTZ – GESCHÄFTSBEREICH NATURSCHUTZ (2006): Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Aus- und Neubau von Straßen. Inform.d. Naturschutz Niedersachs., 26.Jg., Nr.1, 14-15.- Hannover.

NLStBV → NIEDERSÄCHSISCHE LANDESBEHÖRDE FÜR STRAßENBAU UND VERKEHR

NLWKN → NIEDERSÄCHSISCHER LANDESBETRIEB FÜR WASSERWIRTSCHAFT, KÜSTEN- UND NATURSCHUTZ – GESCHÄFTSBEREICH NATURSCHUTZ

Gesetze, Verordnungen, Regelwerke:

BNatSchG → Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege

BUNDESARTENSCHUTZVERORDNUNG (BArtSchV): Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten vom 16. Februar 2005, BGBl. I S. 258, zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95)

FFH-Richtlinie Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, Amtsblatt Nr. L 206 vom 22. Juli 1992, zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU vom 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193)

FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN (FGSV) (1999): Richtlinie für die Anlage von Straßen (RAS) Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen (RAS-LP4), Ausgabe 1999

FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN (FGSV) (2000): Merkblatt zum Amphibienschutz an Straßen (MAmS). Köln.

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)"

MAmS 2000 → FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN (FGSV) (2000)

NAGBNatSchG → Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz

Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. 2010, 104)

EUROPÄISCHES PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION: Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (kodifizierte Fassung). Amtsblatt der EU – L 20/7 v. 26.01.2010

RAS-LP 4 → FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN (FGSV) (1999)

Landkreis Soltau-Fallingbostel

DER LANDRAT



Landkreis Soltau-Fallingbostel, Postfach 13 43, 29603 Soltau

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Verden	
Eing. 31. Jan. 2011	
Fb. 2	SB 22
Kts. 1	Heidekreis
SOLTAU • FALLINGBOSTEL	

Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr
- Geschäftsbereich Verden –
Frau Ewen
Bgm Bgm.-Münchmeyer-Str. 10
27283 Verden

Fachbereich: Planen Bauen Umwelt Straßen
Fachgruppe: 09.6 - Straßenbau
Gebäude: Bornemannstraße 12
29614 Soltau

Zimmer:
Name: Herr Schröder
Telefon: 05191-970632
Telefax: 05191-970930632
E-Mail: f09604@heidekreis.de
Internet: www.heidekreis.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom:
3316 – 31027/01 (A 7-9)

Mein Zeichen, meine Nachricht vom:
09.604 – 642 / 03 – 0 - 35

Datum:
28.01.2011

**Erweiterung der Tank- und Rastanlage Allertal und Neubau der Anschlussstelle Allertal im Zuge der A 7;
Vermerk vom 30.11.2010 - LBP**

Sehr geehrte Frau Ewen,

in der Anlage übersende ich Ihnen im Auftrag der Unteren Naturschutzbehörde den gegengezeichneten Vermerk vom 30.11.2010 zu weiteren Verwendung.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

Schröder

Schröder

Anlage

Sprechzeiten allgemein:
Montag - Freitag 8 - 12 Uhr
Dienstag u. Donnerstag 14 - 16 Uhr
oder nach Vereinbarung
Ausländerbehörde:
Montag – Donnerstag 8 - 12 Uhr

Konten der Kreiskasse:
Kreissparkasse Fallingbostel
(BLZ 251 523 75) 2 000 024
IBAN DE86 2515 2375 0002 0000 24
BIC NOLA DE 21 WAL

Kreissparkasse Soltau
(BLZ 258 516 60) 123 844
IBAN DE86 2585 1660 0000 1238 44
BIC NOLA DE 21 SOL

Projekt:	Erweiterung der T+R Anlage Allertal und Neubau der AS Allertal
Datum:	30.11.2010
Ort:	Soltau
Teilnehmer:	Herr Heine (UNB, LK Soltau-Fallingbostal) Herr Busse (UNB, LK Soltau-Fallingbostal) Herr Marquart (UNB, LK Soltau-Fallingbostal) Frau Ewen (NLStBV – GB Verden) Frau Sieben - Gruppe Freiraumplanung (GFP)

Inhalt / Ergebnisse:	Termine / Aufgabenverteilung:
<p><u>Änderung der Ausbauplanung für die T+R Anlage Allertal Ost:</u></p> <p>Die zum Scoping-Termin am 07.04.2010 vorgestellte Ausbauplanung für die T+R Anlage Allertal Ost ist einer erneuten Prüfung unterzogen worden. Für die Lage der LKW- und Bus-Stellplätze wurden drei Standortvarianten (Variante A-C) erarbeitet und nach technischen, funktionalen, lärmtechnischen, wirtschaftlichen sowie nach umweltfachlichen Kriterien bewertet.</p> <p>Als Ergebnis dieser Bewertung wurde Variante C aus verkehrsgutachterlicher und umweltfachlicher Sicht gegenüber den Varianten A und B der Vorzug gegeben. Variante C liegt im Norden der bestehenden T+R-Anlage in Parallellage zur BAB A7. Aus umweltfachlicher Sicht erfolgte die Einstufung von Variante C als Vorzugsvariante aufgrund ihrer Vorzüge bezüglich des Schutzgutes Mensch (geringste Beeinträchtigung von Wohnfunktionen) und bezüglich des Schutzgutes Boden, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt (geringste Beeinträchtigung von Talrand nahen Dünenstandorten bzw. von Böden mit besonderen Standorteigenschaften sowie geringste Inanspruchnahme lichter, strukturreicher Kiefernwälder).</p> <p>Gegen die Änderung der Ausbauplanung (Berücksichtigung von Variante C anstelle von Variante A) bestehen seitens des LK Soltau-Fallingbostal keine Einwände.</p>	
<p><u>Bestandsaufnahme und Bewertung (UVS/LBP):</u></p> <p>Die Bestandserfassung und Bewertung ist abgeschlossen und wird vorgestellt. Die Ergebnisse sind dem Vermerk als Anlage beigelegt.</p> <p>Betroffen von dem geplanten Ausbau der T+R Anlage sind vor allem Kiefernwaldbestände. Der Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen sieht für die Einstufung von Kiefern dominierten Wäldern zwei Erfassungseinheiten vor: WZ (Kiefernforst) und WK (Kiefernwald armer Sandböden). Die standörtlichen</p>	

<p>Gegebenheiten (Flugsandfelder, Dünen) erlauben grundsätzlich eine Zuordnung zur Erfassungseinheit WK. Sofern die Bestände licht- und strukturreich sind, werden sie dementsprechend diesem Biotoptyp zugeordnet. Strukturarme Stangen- und junge Baumhölzer fallen dagegen unter die Einheit WZ. Die besonderen standörtlichen Gegebenheiten der Flächen, auf denen die mit WZ eingestuftten Bestände stocken, werden bei der Bewertung der Bodenfunktionen (Böden mit besonderen Standorteigenschaften = Boden mit besonderer Bedeutung) berücksichtigt.</p>	
<p><u>Zu erwartende Beeinträchtigungen / Konflikte (Gesamtplanung unter Berücksichtigung von Variante C):</u></p> <p>Die zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens werden beschrieben. Der Umfang der Beeinträchtigungen wird (bezogen auf den Planungsstand 11/2010) dargelegt.</p> <p>Eine tabellarische Übersicht über die zu erwartenden Konflikte ist dem Vermerk als Anlage beigefügt.</p> <p>Im Hinblick auf die geplante Entwässerung steht eine abschließende Klärung noch aus.</p>	
<p><u>Maßnahmen zum Schutz und zur Kompensation von Beeinträchtigungen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schutzmaßnahme: Neuaufbau angeschnittener Waldränder Vor den angeschnittenen Waldflächen werden in einer Breite von 30 m neue laubholzreiche Waldränder aufgebaut (s. Ausbau BAB A1: Auflichten des vorhandenen Nadelholzbestandes, Zäunung der Flächen und ggf. Unterpflanzung). Es wird geprüft, ob aus Brandschutzgründen ggf. eine vollständige Entnahme des vorhandenen Nadelholzbestandes anzustreben ist. ▪ Kompensationsmaßnahmen Kompensationsmaßnahmen (und die erforderlichen Ersatzaufforstungen) sollen vorzugsweise im FFH-Gebiet angeordnet werden (Aufbau von Auwald, Herstellung von Altwässern). Die UNB hat ein Altwasserprojekt in Auftrag gegeben. Anfang 2011 soll ein Maßnahmenkonzept vorliegen, aus dem möglicherweise geeignete Maßnahmen im FFH-Gebiet abgeleitet werden können. Eine Ackerfläche am westlichen Rand des UG (westlich des Altwassers) wird grundsätzlich als geeignet angesehen, so dass diesbezüglich Gespräche mit der Eigentümerin aufgenommen werden können. Im Hinblick auf die geplante Biogasanlage und den hohen Flächenbedarf an landwirtschaftliche Flächen wird empfohlen, den betroffenen Landwirten Tauschflächen außerhalb des FFH-Gebietes (z. B. an der AS Fallingbostal) anzubieten. 	NLStBV
<p><u>Y-Trasse</u> (Hochgeschwindigkeitsstrecke der Deutschen Bahn AG von Hamburg/ Bremen nach Hannover): Die landesplanerisch festgestellte Trasse verläuft westlich der BAB unmittelbar am Westrand der bestehenden TRA Allertal West. Sie zerschneidet das Allertal im Bereich des kleinen Altwassers an der Pferdeweide.</p> <p>Es bleibt offen, ob und inwieweit die jetzt anlaufende Planung der Hochgeschwindigkeitsstrecke bei der Planung des Vorhabens TRA Allertal/AS Allertal zu berücksichtigen ist (z.B. in Bezug auf die Ausweisung von Kompensationsmaßnahmen).</p>	

aufgestellt: A. Sieben, 07.12.2010

Der Landkreis Soltau-Fallingb. erhält eine Durchschrift des Vermerks mit der Bitte um
Gegenzeichnung.

Soltau, den 27.07.2017

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Busse', with a long horizontal flourish extending to the right.

(Busse)